

JAHRESFINANZBERICHT 2008
aap Implantate AG

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht 2008 der aap Implantate AG	4
A) Geschäfts- und Rahmenbedingungen	4
1. Organisatorische und rechtliche Struktur	4
<i>Tochterunternehmen</i>	5
aap Biomaterials GmbH	5
aap bio implants markets GmbH	5
aap bio implants Netherlands B.V.	5
European Medical Contract Manufacturing (EMCM) B.V.	5
Bactimm B.V. und Farmalyse B.V.	5
ADC Advanced Dental Care Verwaltungs-GmbH	5
<i>Beteiligungen</i>	6
AEQUOS Endoprothetik GmbH	6
<i>Organe</i>	6
Vorstand	6
Aufsichtsrat	6
2. Wichtigste Produkte und Geschäftsprozesse	6
3. Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbspositionen	7
4. Wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Einflussfaktoren	7
5. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten	7
6. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen	8
<i>Aktie und Börse</i>	8
<i>Einschätzung des Vorstands, wie sich die gesamtwirtschaftliche/branchenspezifische Entwicklung auf den Geschäftsverlauf ausgewirkt hat</i>	8
B) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	9
1. Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen	9
2. Wesentliche Änderungen der rechtlichen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	9
3. Veränderungen der Markt- und Wettbewerbsbedingungen	9
Ertragslage	10
1. Darstellung Ergebnisentwicklung/Ergebnisstruktur	10
2. Analyse der bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren	10
3. Entwicklung von Umsatz- und Auftragslage	10
4. Wesentliche Änderungen in der Struktur einzelner Aufwendungen und Erträge	11
Finanzlage	11
Vermögenslage	12
C) Nachtragsbericht	12
D) Risikobericht	13
1) <i>Risikomanagement-System</i>	13
2) <i>Beschreibung der einzelnen Risiken, Quantifizierung und Erläuterung möglicher Konsequenzen</i>	14
a) <i>Markt, Wettbewerb, Neue Produkte und Technologien</i>	14
b) <i>Zulassung der Produkte</i>	14
c) <i>Abhängigkeit von Kunden und Lieferanten</i>	15
d) <i>Patente und geistiges Eigentum</i>	15
e) <i>Produkthaftungsrisiko</i>	15
f) <i>Rechtliche Risiken</i>	15
3) <i>Weitere Angaben gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB</i>	16
E) Prognosebericht	16
F) Sonstige Angaben	17
1. <i>Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals</i>	17
2. <i>Grundzüge des Vergütungssystems (Vergütungsbericht)</i>	18
Vorstandsvergütung	18
Aktienoptionsprogramm 2006	19
Aktienoptionsprogramm 2008	20
3. <i>Beschränkungen bezüglich Stimmrechten und Übertragungen von Aktien</i>	25
4. <i>Direkte und indirekte Beteiligungen > 10 % der Stimmrechte</i>	25

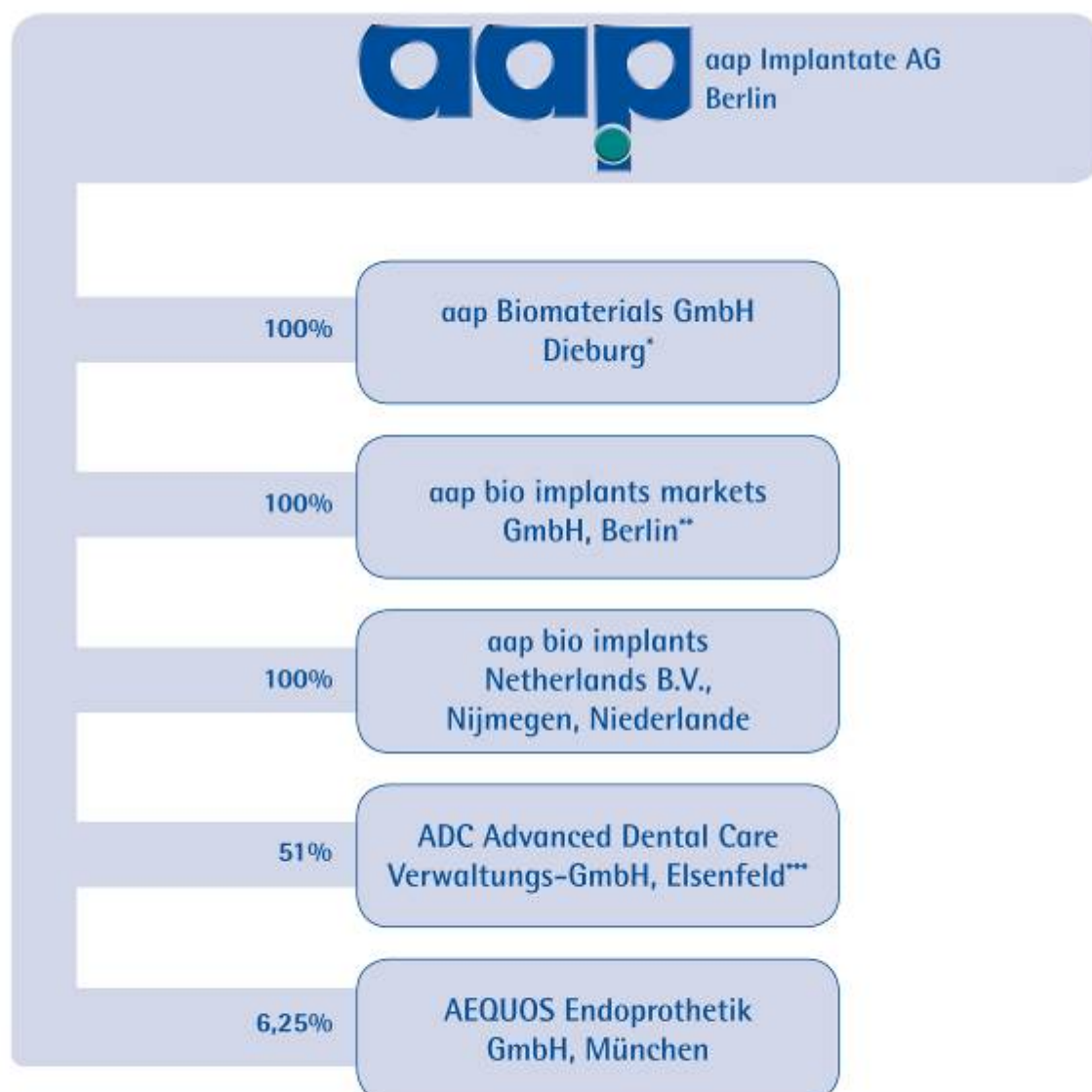
5. Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen zur Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstandes und über Satzungsänderungen.....	25
6. Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien.....	26
7. Entschädigungsvereinbarungen im Falle von Übernahmeangeboten mit Mitgliedern des Vorstandes oder Arbeitnehmern	27
Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008.....	29
Bilanz nach HGB zum 31. Dezember 2008 in T€.....	30
Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2008 in T€.....	31
Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2007 in T€.....	32
Entwicklung des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2008 in T€.....	33
Rückstellungsspiegel zum 31. Dezember 2008	34
Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2008.....	35
Anhang zum 31. Dezember 2008	36
I. Erläuterungen zum Jahresabschluss.....	36
(1) Allgemeines.....	36
(2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	36
II. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.....	38
(3) Anlagevermögen	38
(4) Finanzanlagen	38
(5) Umlaufvermögen.....	38
(6) Eigenkapital	39
(7) Aktienkursbasierte Vergütungen.....	47
(8) Rückstellungen.....	49
(9) Verbindlichkeiten	50
(10) Umsatzerlöse.....	50
(11) Sonstige betriebliche Erträge.....	50
(12) Aufgliederung der Arbeitnehmerzahl nach Gruppen.....	51
(13) Periodenfremde Erträge und Aufwendungen.....	51
(14) Honorar des Abschlussprüfers.....	51
III. Sonstige Angaben.....	52
(15) Beteiligungen	52
(16) Eventualverbindlichkeiten.....	53
(17) Sonstige Haftungsverhältnisse	54
(18) Sonstige finanzielle Verpflichtungen.....	54
(19) Finanzinstrumente.....	54
(20) Geschäftsführungsorgan, Aufsichtsrat.....	54
(21) Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG.....	56
(22) Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex.....	58
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	59

Lagebericht 2008 der *aap* Implantate AG

Bei den nachfolgend dargestellten Zahlenangaben können technische Rundungsdifferenzen bestehen, die die Gesamtaussage nicht beeinträchtigen.

A) Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1. Organisatorische und rechtliche Struktur



* Verschmelzung und Umfirmierung eingetragen am 4.2.2009

** Sitzverlegung eingetragen am 16.3.2009

*** Anwachsung von Vermögen und Schulden der ADC Advanced Dental Care GmbH & Co. KG per 1.7.2008

Die *aap* Implantate AG ist Obergesellschaft der *aap*-Gruppe. Nach wirtschaftlicher Darstellung verfügt die *aap*-Gruppe zum 31. Dezember 2008 über folgende operativ tätige Gesellschaften: *aap* Implantate AG, *aap* Biomaterials GmbH, *aap* bio implants markets GmbH, ADC Advanced Dental Care Verwaltungs-GmbH (ADC GmbH) und die Tochtergesellschaften der *aap* bio implants Netherlands B.V. - European Medical Contract Manufacturing (EMCM) B.V., Bactimm B.V. und

Farmalyse B.V.

Tochterunternehmen

aap Biomaterials GmbH

In der *aap Biomaterials GmbH* sind alle deutschen Entwicklungs- und Produktionsaktivitäten im Bereich medizinischer Biomaterialien zusammengefasst. Sitz der Gesellschaft ist Dieburg (bei Frankfurt am Main), ein weiterer Standort befindet sich in Obernburg nahe Aschaffenburg. Die Verschmelzung der *aap Biomaterials GmbH & Co. KG* auf die *aap Biomaterials Verwaltungs-GmbH* mit Wirkung zum 1. Juli 2008 und die Umfirmierung der Verwaltungs-GmbH in die *aap Biomaterials GmbH* wurde am 4. Februar 2009 im Handelsregister eingetragen.

aap bio implants markets GmbH

In der *aap bio implants markets GmbH* sind alle Marketing- und Vertriebsfunktionen der *aap bio implants group* zusammengefasst. Die Sitzverlegung der Gesellschaft von Düsseldorf nach Berlin wurde am 16. März 2009 im Handelsregister eingetragen.

aap bio implants Netherlands B.V.

Diese Gesellschaft bildet die Holding der niederländischen Unternehmensgruppe mit Sitz in Nijmegen.

European Medical Contract Manufacturing (EMCM) B.V.

In der EMCM mit Sitz in Nijmegen sind die niederländischen Entwicklungs- und Produktionsfunktionen im Bereich medizinischer Biomaterialien zusammengefasst.

Bactimm B.V. und Farmalyse B.V.

Bactimm (mikrobiologische Analyse, Sitz Nijmegen) und Farmalyse (chemische Analyse, Sitz Zaandam) sind Gesellschaften, die im Bereich Analytik für die *aap bio implants group* selbst und für Dritte tätig sind.

Weitere 100 %ige Tochtergesellschaften der *aap bio implants Netherlands B.V.* sind die Tissue Processing International B.V. (TPI), welche eine Tissue- & Bone Bank-Lizenz hält und die Broockeville Corporation N.V., welche die Patente der niederländischen Gesellschaften besitzt.

ADC Advanced Dental Care Verwaltungs-GmbH

Die *aap Implantate AG* hält eine Mehrheit in Höhe von 54 % an der ADC Dental Care GmbH & Co. KG, einer Vertriebsgesellschaft im Dentalbereich. Zur Vereinfachung der Unternehmensstruktur ist die ADC GmbH & Co. KG mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Juli 2008 in die ADC Verwaltungs-GmbH eingebracht worden und soll unter Beibehaltung der Beteiligungsverhältnisse als ADC Advanced Dental Care GmbH firmieren, gleichzeitig ist eine Sitzverlegung von Eisenfeld nach Dieburg beschlossen worden. Die Löschung der KG ist am 2. April 2009 erfolgt, die Eintragungen bei der GmbH stehen nach wie vor aus.

Beteiligungen

AEQUOS Endoprothetik GmbH

Nach einer weiteren Kapitalerhöhung hat sich der Anteil der *aap* Implantate AG an der AEQUOS Endoprothetik GmbH von 6,64 % auf 6,25 % reduziert. Die Gesellschaft besitzt und vertreibt das durch die *aap* Implantate AG mitentwickelte und produzierte innovative Kniesystem AEQUOS®.

Organe

Vorstand

Am 28. November 2008 wurde Biense Visser vom Aufsichtsrat mit Wirkung zum 1. Januar 2009 zum Mitglied des Vorstands bestellt und gleichzeitig zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

Bruke Seyoum Alemu wurde vom Aufsichtsrat mit Wirkung zum 1. Dezember 2008 zum COO (Chief Operating Officer) ernannt. In dieser Funktion verantwortet er als Mitglied des Vorstands die Bereiche Entwicklung, Produktion, Sales und Marketing der *aap*-Gruppe.

Oliver Bielenstein ist in beiderseitigem Einvernehmen zum 31. Dezember 2008 als für den Geschäftsbereich der medizinischen Biomaterialien verantwortliches Vorstandsmitglied und als CFO aus dem Vorstand ausgeschieden und steht dem Unternehmen seither als Berater zur Verfügung.

Aufsichtsrat

Die Nachfolge von Herrn Visser im Aufsichtsrat des Unternehmens hat Ronald Meersschaert zum 1. Dezember 2008 angetreten, der bereits im Rahmen der Hauptversammlung vom 29. September 2008 als Ersatzmitglied des Aufsichtsrats gewählt worden war.

2. Wichtigste Produkte und Geschäftsprozesse

Am Unternehmenssitz in Berlin fertigt *aap* Produkte der Osteosynthese, Endoprothesen und Instrumente für den Bereich Traumatologie & Orthopädie.

Daneben übt *aap* in ihrer Funktion als geschäftsleitende Holding neben zentralen Aufgaben des Finanz- und Rechnungswesens, IT sowie Geschäftsführung der Tochtergesellschaften auch die Finanzierungsfunktion für sämtliche Unternehmen der *aap*-Gruppe aus.

Im Vordergrund der Aktivitäten der *aap* in 2008 stand der Ausbau des Produktportfolios mit Fokus auf Traumatologie durch die Erweiterung von Standardsystemen wie des Lochschrauben-Systems und die Weiterentwicklung der winkelstabilen Plattensysteme. Daneben konnten mit diversen Produkten im Bereich der Hüftsysteme, u. a. VarioLoc®-Hüftsysteme und zementfreie Pressfit-Hüftpfanne VarioCup®, eine verstärkte Marktdurchdringung erreicht werden.

aap stellte sein Produktprogramm auf den wichtigsten internationalen Messen vor, auf der Arab Health in Dubai und der A.A.O.S (American Academy of Orthopaedic Surgeons) in San Francisco. In Deutschland war *aap* u. a. auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie in Berlin, der Jahrestagung der Süddeutschen Orthopäden in Baden-Baden und der Medica 2008 präsent.

Zur langfristigen Absicherung der Produktionsfähigkeiten bildet die *aap* Implantate AG nach wie vor eigene Facharbeiter aus.

3. Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbspositionen

aap verfügt über drei Vertriebskanäle. Im Vordergrund steht der Direktvertrieb an Krankenhäuser, Einkaufsgemeinschaften und Verbundkliniken. Zusätzlich erfolgt der Vertrieb über ein internationales Distributionsnetzwerk mit Partnern in über 20 Ländern und OEM-Partnerschaften mit nationalen und internationalen Kunden. Der konsequente Ausbau dieser Vertriebswege mit bestehenden und neuen Produkten hat zu einer überproportionalen Umsatzentwicklung in diesem Bereich geführt. Die internationalen Vertriebsaktivitäten konzentrierten sich auf Osteuropa, den Mittleren Osten und die USA.

Neben den Primär-Zulassungen (CE-Zeichen) hat *aap* verschiedene Großkunden bei der Zulassung ihrer durch *aap* produzierten Produkte unterstützt.

4. Wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Einflussfaktoren

In den meisten Märkten der Welt sind behördliche Registrierungen und Zulassungen eine Voraussetzung für die Vermarktung medizinischer Produkte. Da die Produkte der *aap* grundsätzlich für eine weltweite Vermarktung bestimmt sind, basiert das Qualitätsmanagement-System auf den Anforderungen international harmonisierter Normung und europäischer Verordnungen. Dementsprechend wird die *aap*-Gruppe regelmäßig auditiert und entsprechend zertifiziert, so dass die Produkte mit dem CE-Kennzeichen versehen und vertrieben werden dürfen. Darüber hinaus erfolgt die Produktion weitestgehend FDA-konform und zu großen Teilen unter GMP/GLP (Good Manufacturing Practice/Good Laboratory Practice).

aap ist nach der für Medizinproduktehersteller relevanten DIN EN ISO 13485 und der Richtlinie 93/42/EWG zertifiziert. *aap* ist zusätzlich freiwillig nach EN ISO 9001:2000 zertifiziert. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit werden alle relevanten Umweltschutzvorschriften beachtet. Sowohl von der Produktion als auch den Produkten der *aap* gehen keine mittel- oder unmittelbaren Gefährdungen für die Umwelt aus.

5. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

aap wendete im Geschäftsjahr 2008 erhebliche Mittel für Forschung und Entwicklung auf, wie im Vorjahr sind 13 % (Vorjahr: 13 %) der gesamten Mitarbeiterzahl (15, Vorjahr: 14) sind den Bereichen F&E, Clinical Affairs, Regulatory und Quality Management zuzuordnen. *aap* investiert ca. 8 % des Umsatzes in die Entwicklung neuer Produkte. Neben den eigenen F&E-Aktivitäten kooperiert *aap* mit einer Vielzahl akademischer Institutionen (Forschungsinstitute, Unikliniken) bei Neu- sowie Weiterentwicklungen und klinischen Studien.

aap bildet entsprechend dem Produktportfolio folgende F&E-Schwerpunkte:

- Traumatologie
- Endoprothetik

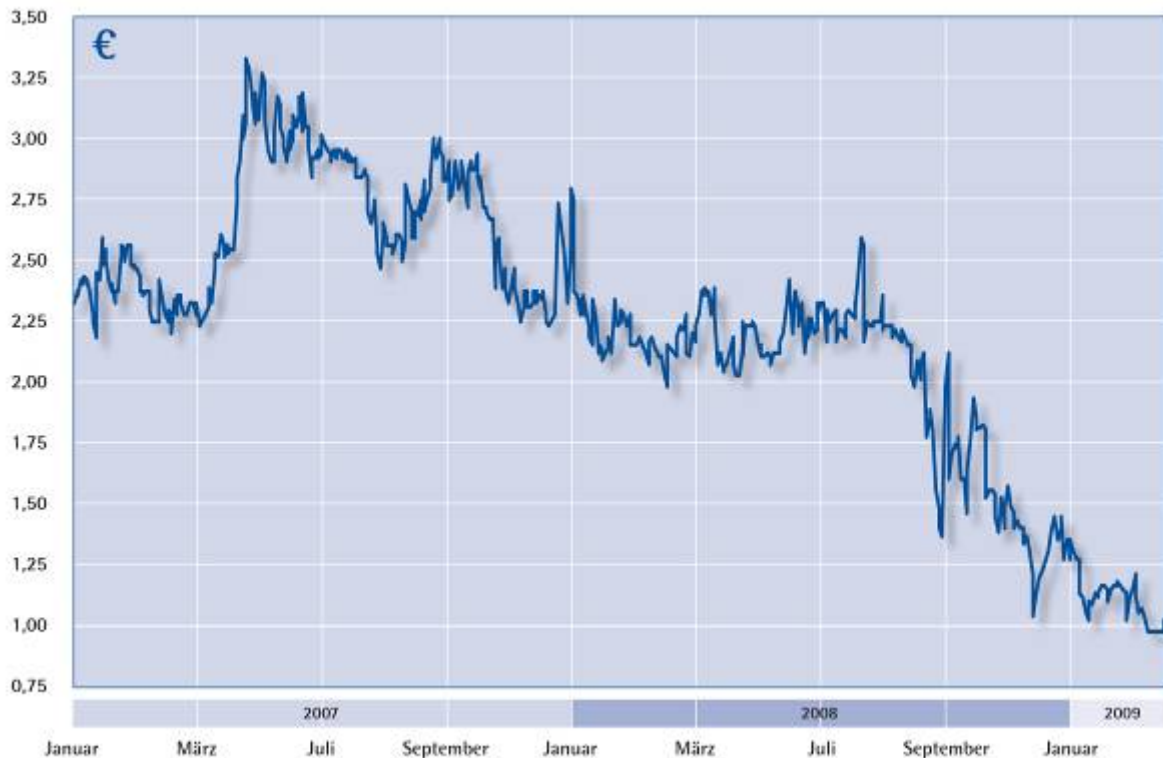
Grundsätzlich werden alle Produkte in enger Zusammenarbeit mit ärztlichen Anwendern, oft sogar auf deren Initiative hin entwickelt. Da die *aap*-Produktpipeline verstärkter Wettbewerbsbeobachtung unterliegt, können die folgenden Kommentare jedoch nur allgemein gehalten werden.

Die Entwicklung der *aap* konzentrierte sich wie in den Vorjahren im Bereich der Traumatologie auf die Erweiterung der winkelstabilen Systeme für verschiedene anatomische Regionen basierend

auf patentierten bzw. patentwürdigen Technologien und im Bereich der Orthopädie auf die Erweiterung der Hüft-, Schulter- und Kniesysteme.

6. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Aktie und Börse



Kursverlauf der Aktie der aap Implantate AG

Im Jahr 2008 war die Kursentwicklung der Aktie der aap Implantate AG durch starke Kursschwankungen gekennzeichnet. Die Aktie konnte am 8. Januar 2008 ihr Jahreshoch in Höhe von 2,84 € erzielen. Am 18. Dezember 2008 erreichte das Papier seinen Jahrestiefstand bei 1,02 €. Beeinflusst u. a. durch das pessimistische Börsenklima unterbot die Aktie schon Ende Januar 2009 ihr Vorjahrestief und liegt auch im ersten Quartal 2009 im Durchschnitt bei nur 1,12 €.

Einschätzung des Vorstands, wie sich die gesamtwirtschaftliche/branchenspezifische Entwicklung auf den Geschäftsverlauf ausgewirkt hat

Die Medizintechnik ist aufgrund demographischer Faktoren eine stetig wachsende Branche. Jedoch besteht aufgrund des Kostendrucks im Gesundheitswesen aller westlichen Länder ein deutlicher Druck auf die Preise aller Anbieter. Auch die Finanzkrise beeinflusst alle Marktteilnehmer; so führen die global steigenden Preise zu einem Kostendruck beim Materialeinkauf und zur Verringerung der operativen Marge. Zusätzlich haben Kunden ihre Lagerbestände reduziert; die verschlechterte Zahlungsmoral belastet zusätzlich die Liquidität von aap.

aap begegnet diesen Entwicklungen mit der Aufrechterhaltung eines guten Preis-/

Leistungsverhältnisses zumal die Nachfrage nach europäischen Produkten weiterhin gut ist. Diese Reputation nutzt *aap* auch als Auftragsentwickler für führende Unternehmen der Orthopädie-Branche. Aufgrund dieser langfristigen Abnahmeverträge für die globalen Märkte unserer Kunden wirken sich auf *aap* weltwirtschaftliche Schwankungen wesentlich geringer aus. Außerdem hatte *aap* aufgrund nahezu deckungsgleicher US-Dollar Aus- und Einzahlungen im Geschäftsjahr 2008 keine wesentlichen US-Dollar-Risiken.

B) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

1. Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen

Vor dem Hintergrund der Verschlinkung der Konzernstruktur ist die *aap* Biomaterials GmbH & Co. KG mit Wirkung zum 1. Juli 2008 auf die *aap* Biomaterials Verwaltungs-GmbH verschmolzen worden und zusammen mit der Umfirmierung der Verwaltungs-GmbH in die *aap* Biomaterials GmbH am 4. Februar 2009 ins Handelsregister eingetragen worden.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Juli 2008 ist die ADC GmbH & Co. KG in die ADC Verwaltungs-GmbH eingebracht worden. Unter Beibehaltung der Beteiligungsverhältnisse soll die Gesellschaft als ADC Advanced Dental Care GmbH firmieren, gleichzeitig ist eine Sitzverlegung von Elsenfeld nach Dieburg beschlossen worden. Die Löschung der KG ist am 2. April 2009 erfolgt, die Eintragungen bei der GmbH stehen nach wie vor aus.

Im Rahmen des Kostensenkungs- und Restrukturierungsprogramms wurde die Sitzverlegung der *aap* bio implants markets GmbH nach Berlin sowie die Schließung des Standorts Düsseldorf beschlossen. Die Eintragung der Sitzverlegung erfolgte am 16. März 2009.

2. Wesentliche Änderungen der rechtlichen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Finanzkrise und die wirtschaftliche Rezession gehen an *aap* nicht spurlos vorbei. Obwohl der Sektor Medizintechnik nur eine bedingte Relation zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung aufzeigt, ist auch *aap* mit einem problematischen Umfeld konfrontiert. Zwar reduzierten sich die Fallzahlen und der Einsatz der Produkte nicht, aufgrund der Reduktion von Lagerbeständen bei Kunden und verschlechterter Zahlungsmoral sind begrenzte Umsatzverschiebungen auf 2009 und der Druck auf die operative Marge spürbar gewesen.

3. Veränderungen der Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Im Jahr 2008 gab es keine wesentlichen Veränderungen der Markt- und Wettbewerbsbedingungen, jedoch ist die Medizintechnik auf einem globalen Markt tätig, der fortgesetzt einem hohen Konsolidierungsdruck und hoher Regulariendichte unterliegt – zwei Trends, die sich weiter verfestigen.

Ertragslage

1. Darstellung Ergebnisentwicklung/Ergebnisstruktur

Im Geschäftsjahr 2008 steigerte die *aap* ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 53 %¹ von 7,9 Mio. € auf 12,1 Mio. €. Der signifikante Anstieg des Umsatzes konnte vor allem durch Großkundenaufträge im Bereich Traumatologie erreicht werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen aufgrund von Ausbuchungen verjährter Verbindlichkeiten, Kursertträgen aus Fremdwährungsgeschäften und im Geschäftsjahr vereinnahmter Investitionszulagen von 1.731 T€ auf 1.836 T€.

Aufgrund der hohen Wertschöpfungstiefe im Geschäftsfeld Traumatologie & Orthopädie produziert *aap* eine Vielzahl der für den Einsatz der Implantate notwendigen Instrumente und Instrumentensets sowie der Vorrichtungen und Werkzeuge für die Produktion der Implantate selbst. Aufwendungen in Höhe von 28 T€ (Vorjahr: 437 T€) wurden im Berichtszeitraum aktiviert. Im Berichtsjahr wurden diese Vermögensgegenstände des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 517 T€ in das Umlaufvermögen umgegliedert.

Das Finanzergebnis lag mit 132 T€ aufgrund der teilweisen höheren Nutzung von bestehenden Kontokorrentlinien zur Finanzierung des Umlaufvermögens und der kurzfristigen Darlehensgewährung an Tochterunternehmen unter dem Vorjahreswert von 276 T€.

Mit Beschluss der Hauptversammlung am 29.09.2008 wurde dem am 15.08.2008 mit der *aap* Bio-materials GmbH, Dieburg, und der *aap* bio implants markets GmbH, Düsseldorf, geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen zugestimmt. Danach ist jeweils der gesamte Gewinn an die *aap* Implantate AG abzuführen. Diese ist verpflichtet, während der Vertragsdauer entstehende Jahresfehlbeträge der Gesellschaften auszugleichen. Die Eintragung der Verträge im Handelsregister der Gesellschaft erfolgte am 13.10.2008 bzw. 10.10.2008. Aus dem Ausgleich entstandener Jahresfehlbeträge ergab sich ein Aufwand in Höhe von 2.740 T€.

aap erzielte damit ein Jahresergebnis nach Steuern von minus 3.777 T€ (Vorjahr: -1.733 T€).

2. Analyse der bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren

aap als innovatives Wachstumsunternehmen betrachtet nachhaltig profitables Wachstum, den Aufbau langfristiger Partnerschaften mit führenden globalen Orthopädie-Unternehmen und die Entwicklung innovativer Produkte als primäre Leistungsindikatoren.

3. Entwicklung von Umsatz- und Auftragslage

Der Umsatz der *aap* verbesserte sich signifikant gegenüber dem Vorjahr von 7,9 Mio. € um 53 %¹ auf 12,1 Mio. €. Die Umsatzverteilung für Produkte der Frakturheilung für alle wesentlichen Skelettregionen und den Gelenkersatz für Schulter, Hüfte und Knie verlagerte sich durch den Ausbau des internationalen Geschäftes mit OEM-Kunden und lokalen Distributionspartnern weiter ins Ausland. In Deutschland erzielte *aap* nur noch 41 % (Vorjahr: 50 %) seines Umsatzes und konnte sich damit stärker vom Kostendruck und Strukturwandel des deutschen Gesundheitssystems lösen. Die größte Umsatzsteigerung, eine nahezu Verdreifachung, konnte in

¹ Bei der genannten Umsatzsteigerung in Höhe von 53 % ist zu berücksichtigen, dass der Vertrieb eines in 2008 durch die *aap* vertriebenen Handelsprodukts in 2007 durch die *aap* Biomaterials GmbH erfolgte. Bei Hinzurechnung des Umsatzeffekts 2007 ergibt sich eine Umsatzsteigerung im Jahresvergleich von 34 %.

der Region Nord- und Südamerika, vor allem USA, erreicht werden und stellt mit einem Anteil von 49% am gesamten Auslandsumsatz und mit einem Anteil von 29% am Gesamtumsatz den zweitgrößten Markt für T&O-Produkte dar.

Hauptumsatzträger im Bereich Traumatologie sind nach wie vor Lochschrauben, im Bereich Orthopädie konnte die Produktgruppe Hüfte den höchsten Umsatzzuwachs erzielen.

4. Wesentliche Änderungen in der Struktur einzelner Aufwendungen und Erträge

Die Materialkostenquote von *aap* liegt bei 38 % (Vorjahr: 32%) und erhöhte sich vor allem aufgrund des Ausbaus des Geschäfts im Bereich Endoprothetik. Die Personalkosten haben sich zwar absolut auf 5,7 Mio. € erhöht, die Personalkostenquote konnte aber aufgrund der überproportional hohen Gesamtleistung auf 46 % verringert werden (Vorjahr: 61%). Beachtet werden muss hier allerdings, dass unter der *aap* Implantate AG nicht nur die Mitarbeiter des operativen Bereichs Traumatologie & Orthopädie sondern auch die Verwaltung als Holdingfunktion für die gesamte Gruppe subsumiert wird. Die Abschreibungsquote reduzierte sich im Geschäftsjahr 2008 von 9 % auf 6 %.

aap beschäftigte zum 31. Dezember 2008 115 Mitarbeiter, davon 107 Vollzeit- und 8 Teilzeitbeschäftigte (Vorjahr: 106, davon 100 Vollzeit-, 6 Teilzeitbeschäftigte).

Die Zahl der Auszubildenden im Produktionsbereich bei der *aap* Implantate AG liegt bei 7 % der Beschäftigten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich zwar um 786 T€ auf 4.319 T€, die Quote der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sank jedoch aufgrund stark erhöhter Gesamtleistung auf 35 % (Vorjahr: 40 %).

Finanzlage

aap wird auf absehbare Zeit keine Dividenden ausschütten, da die vorhandenen liquiden Mittel voll in den Auf- und Ausbau des Unternehmens investiert werden.

Die liquiden Mittel betragen per 31.12.2008 nur 69 T€. Dieses Niveau resultiert vor allem aus der kurzfristigen Darlehensgewährung an Tochterunternehmen sowie der Finanzierung des gestiegenen Umlaufvermögens. Jedoch stehen *aap* Kontokorrentlinien in ausreichender Höhe zur Verfügung.

Zur Sicherstellung der Unternehmensfinanzierung der gesamten Unternehmensgruppe führte *aap* im März 2009 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 1.267.357 EUR durch. Daneben konnte *aap* im Geschäftsjahr 2009 durch die Übernahme einer Finanzierungsverpflichtung durch einen Gesellschafter einen Nettozufluss in Höhe von 2 Mio. € erzielen. Des Weiteren konnte mit verschiedenen globalen Kunden der *aap* eine Reduktion der Zahlungsziele, bei gleichzeitiger Einräumung günstigerer Abnahmekonditionen, erreicht werden. Verschiedene Lieferanten der Gesellschaft erklärten sich mit der vorübergehenden Verlängerung der eingeräumten Zahlungsziele einverstanden. Diese Maßnahmen sind Bestandteil von *aap*'s gruppenweitem Performancesteigerungsprogramm zur Förderung eines profitablen Unternehmenswachstums, welches neben der Optimierung der Kapitalstruktur auch weitere Maßnahmen wie Kostensenkung, die Vereinfachung der Unternehmensstruktur, Desinvestitionen von Nicht-Kerngeschäftsbereichen sowie die Aufrechterhaltung der bisherigen Innovationsgeschwindigkeit

zum Inhalt hat.

Unter der Maßgabe, dass das für 2009 geplante Budget erreicht werden kann, beurteilt *aap* die Liquiditätssituation aufgrund der vorgenannten Maßnahmen, der im ersten Quartal erzielten Zahlungseingänge und vorhandener Kreditzusagen, die die Finanzierung für das kommende Jahr sicherstellen, als ausreichend. *aap* geht davon aus, 2009 mit einem positiven Cash-Flow abzuschließen.

Vermögenslage

Zur Gewährleistung weiteren Umsatzwachstums und der Sicherung der hohen Qualität der *aap*-Produkte wurden im Geschäftsjahr u. a. Investitionen in moderne Bearbeitungszentren für den Bereich Traumatologie und Endoprothetik getätigt.

Aufgrund der Auslieferung von Kundenaufträgen im ersten Quartal 2009 und des damit verbundenen Lageraufbaus im vierten Quartal 2008 hat sich das Umlaufvermögen um 1,2 Mio. € auf 13,1 Mio. € erhöht (Vorjahr: 11,9 Mio. €).

Die Erhöhung des Anlagevermögens um 1,3 Mio. € auf 32,9 Mio. € ist vor allem auf die Abbildung der gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen (Verschmelzung *aap* Biomaterials GmbH & Co. KG auf *aap* Biomaterials GmbH sowie erweiterte Anwachsung der ADC Dental Care GmbH & Co. KG auf ADC Dental Care Verwaltungs-GmbH zurückzuführen.

Mit Beschluss vom 03.09.2008 wurde das Grundkapital der *aap* Implantate AG von € 25.347.156,00 um € 1.267.357,00 auf € 26.614.513,00 durch Ausgabe von 1.267.357 Inhaberstückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von jeweils € 1,00 erhöht. Die Kapitalerhöhung erfolgte gegen Bareinlage aus dem genehmigten Kapital. Die neuen Aktien sind ab dem 01.01.2008 gewinnbezugsberechtigt. Der Ausgabebetrag beträgt € 2,18. Die Eintragung in das Handelsregister ist am 04.09.2008 erfolgt.

Weitere größere Veränderungen des Bilanzbildes ergeben sich im Eigenkapital, welches durch die Kapitalerhöhung (Zunahme des gezeichneten Kapitals und der Kapitalrücklage) sowie den Jahresfehlbetrag unter anderem wegen der Ausgleichsverpflichtung von Jahresfehlbeträgen aus Gewinnabführungsverträgen beeinflusst war und sich auf 34.476 T€ (Vorjahr: 35.054 T€) verringerte.

Die Eigenkapitalquote verringerte sich einhergehend von 81 % auf 75 %.

aap übernimmt in ihrer Funktion als geschäftsleitende Holding auch die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Investitionen für Tochterunternehmen, die sich in den durchschnittlich unveränderten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und erhöhten Zinsaufwendungen widerspiegeln.

C) Nachtragsbericht

In der Zeit zwischen dem Ende des Geschäftsjahres bis zur Erstellung dieses Berichts haben sich wesentliche Geschäftsvorfälle ereignet.

Der Aufsichtsrat hat am 28. November 2008 Biense Visser zum neuen Vorsitzenden des Vorstands mit Wirkung zum 1. Januar 2009 bestellt.

Der Pool aus Zeichnern der Sachkapitalerhöhung des Jahres 2004 zur Abstimmung des

Stimmverhaltens in der Hauptversammlung hat sich am 13. Januar 2009 aufgelöst.

Am 13. Februar 2009 ist der *aap* Biomaterials GmbH eine Klage wegen unbefugter Weitergabe und Verwertung von Betriebsgeheimnissen mit einem vorgeschlagenen Streitwert von 30 Mio. EUR zugegangen. Wir gehen derzeit davon aus, dass die Klage gegen *aap* abgewiesen wird und keine Verpflichtung auf Zahlung von Schadenersatz besteht.

Im Rahmen des Kostensenkungs- und Restrukturierungsprogramms wurde die Sitzverlegung der *aap* bio implants markets GmbH von Düsseldorf nach Berlin am 16. März 2009 im Handelsregister eingetragen. Die übernommenen Mitarbeiter haben ihren Arbeitsplatz im März nach Berlin verlegt, der Düsseldorfer Standort wurde zum 31. März 2009 geschlossen.

Am 16. März 2009 hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Erhöhung des Grundkapitals aus genehmigtem Kapital um ca. 5 % bzw. 1.267.357 EUR beschlossen. Die neuen Aktien wurden unter Ausschluss des Bezugsrechts im Wege einer Privatplatzierung gegen Bareinlage zu einem Preis von 1,00 EUR ausgegeben. Das Grundkapital der Gesellschaft erhöht sich mit Eintragung vom 23. März 2009 von 26.614.513 EUR um 1.267.357 EUR auf 27.881.870 EUR. Im Rahmen einer Finanzierungsverpflichtung durch einen Gesellschafter hat *aap* außerdem 2 Mio. EUR erhalten, was zusammen mit der o. g. Kapitalerhöhung einen Mittelzufluss i. H. v. insgesamt ca. 3,3 Mio. EUR ergab. Daneben konnte die Gesellschaft den Erlass eines Gesellschafterdarlehens i. H. v. 0,5 Mio. EUR und eine Reduktion der Zahlungsziele mit verschiedenen globalen Kunden erreichen.

D) Risikobericht

1) Risikomanagement-System

aap ist im Rahmen ihrer operativen Tätigkeit naturgemäß einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind.

Das Risikomanagement von *aap* ist fester Bestandteil der Unternehmensführung und basiert auf drei wesentlichen Komponenten:

- **Zertifiziertes Qualitätsmanagement:** Klar strukturierte und eindeutig dokumentierte Prozesse im Rahmen des Qualitätsmanagements und der Qualitätskontrolle sind eine Vorbedingung für die Zulassung und Inverkehrbringung von Medizinprodukten. Ziel ist die Risikoprävention. Das von der *aap* angewendete Qualitätssicherungssystem wurde von der DEKRA (*aap* Implantate AG), dem TÜV und dem LGA Bayern (*aap* Biomaterials GmbH) und der niederländischen KEMA (*aap* bio implants NL-Gruppe) zertifiziert.
- **Controlling-Instrumente:** Das Controlling der *aap* informiert Vorstand, Aufsichtsrat und Entscheidungsträger der *aap* regelmäßig und zeitnah via Ertrags-, Vermögens- und Liquiditätsdarstellungen sowie Kennzahlen über den wirtschaftlichen Stand des Unternehmens und den Stand von Risikopotentialen.

Risikomanagement-System: Um Risiken zu identifizieren, zu bewerten und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können, hat *aap* ein Risikomanagement-System entwickelt. Wichtiger Bestandteil ist eine regelmäßige Erfassung, Systematisierung und Auswertung möglicher Risiken, deren Eintrittswahrscheinlichkeit und mögliche Schadenspotentiale.

2) Beschreibung der einzelnen Risiken, Quantifizierung und Erläuterung möglicher Konsequenzen

a) Markt, Wettbewerb, Neue Produkte und Technologien

Der Wettbewerb im Markt der Medizintechnik im Allgemeinen und im Markt orthopädischer und biologischer Implantate im Besonderen wird weiter zunehmen. Grundsätzlich besteht deshalb das Risiko, dass *aap* im Vergleich zu Wettbewerbern nicht rechtzeitig mit neuen Produkten bzw. mit Anpassungen bestehender Produkte auf Marktentwicklungen reagiert. Daraus können sich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage sowie eine Verschlechterung der Marktposition ergeben.

aap begegnet diesem Risiko aktiv, indem erhebliche Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung getätigt werden, sowie ein konstantes Markt- und Technologie-Screening betrieben wird.

Weiterhin können sich staatliche Eingriffe in das Gesundheitssystem negativ auf das Umsatzvolumen und die Ertragslage der Gruppe auswirken. *aap* begegnet diesem Risiko durch eine stetige Internationalisierung des Umsatzes sowie einer intensiven Beobachtung des deutschen Gesundheitssystems mit dem Ziel, negative Entwicklungen antizipieren und entgegensteuern zu können.

Auf dem Weltmarkt findet konstant eine Unternehmenskonsolidierung statt, durch die *aap* auch kundenseitig betroffen ist. *aap* begegnet dieser Branchenkonsolidierung durch die Kooperation mit einer Vielzahl von Unternehmen und baut konstant neue Partnerschaften auf.

b) Zulassung der Produkte

In der Medizintechnik und im Gesundheitswesen bestehen strenge und national unterschiedliche Zulassungsvoraussetzungen. Die Versagung oder die verzögerte Erteilung von Zulassungen für die Produkte des Unternehmens könnten sich negativ auf zukünftige Umsätze und Erträge der *aap* auswirken.

Um solche Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und angemessen darauf reagieren zu können, verfolgt die Gesellschaft Entwicklungen auf diesem Gebiet äußerst genau und überwacht Zulassungsverfahren im Rahmen ihres implementierten Qualitätsmanagementsystems sehr detailliert.

Die Zulassungsanforderungen für Produkte der *aap* steigen. Für Implantate, welche im Körper der Patienten verbleiben (Endoprothesen, Knochenzement, resorbierbare Regenerationsmaterialien) werden zum Teil klinische Studien als Voraussetzung zur Zulassung verlangt. *aap* reagiert auf diese Entwicklung mit einem Ausbau der Bereiche Regulatory und Clinical Affairs und der zunehmenden Internationalisierung der Umsätze, damit erhöhte Aufwendungen durch höhere Produktionsvolumina gedeckt werden.

Die Höherklassifizierung der künstlichen Gelenke im Bereich Hüfte, Knie und Schulter durch die Richtlinie 2005/50/EG der Kommission vom 11. August 2005 zur Neuklassifizierung von Gelenkersatz für Hüfte, Knie und Schulter im Rahmen der Richtlinie 93/42/EWG über Medizinprodukte birgt ein potentielles Risiko, da bis zum 31.08.2009 ein Konformitätbewertungsverfahren nach Anhang II Absatz 4 der Richtlinie 93/42/EWG durchlaufen worden sein muss. Ab dem 01.09.2009 dürfen alle o.g. Produkte, die dieses Verfahren nicht durchlaufen haben, weder in Verkehr noch in Betrieb genommen werden. *aap* minimiert dieses

Risiko durch die Nutzung externer Ressourcen und die ununterbrochene Überwachung des Projektplanes.

c) Abhängigkeit von Kunden und Lieferanten

Neben den eigenentwickelten und -produzierten Produkten vervollständigt die *aap* ihr Produktportfolio auch durch Handelswaren (z.B. Instrumente, Lavage-Systeme). Verschiedene *aap*-Produkte werden, wenn die Produktionskompetenz nicht vorhanden ist, durch Dritte Zulieferer hergestellt (z.B. Spritzguss, Polymere). Eine solche Partnerschaft bedeutet eine verstärkte Abhängigkeit von der Qualität und der Lieferbereitschaft dieses Lieferanten. Durch die strategische Zusammenarbeit mit wenigen qualifizierten Lieferanten und deren konstanter Qualifizierung sichert sich *aap* gegen dieses Risiko bestmöglich ab.

aap erzielte 2008 bedingt durch das starke Geschäft mit einem US-amerikanischen OEM-Partner 42 % (Vorjahr: 34 %) des Umsatzes mit den drei größten Kunden des Unternehmens. Der OEM-Umsatz wird auch in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Der kurzfristige Wegfall oder eine mögliche Zahlungsunfähigkeit eines dieser Kunden können Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens gefährden. Aufgrund der Größe dieser OEM-Partner erachten wir dieses Risiko als sehr gering.

aap begegnet diesem Risiko durch eine weitere Internationalisierung und Gewinnung weiterer Großkunden (Stabilität, Vertriebsstärke, Finanzkraft).

d) Patente und geistiges Eigentum

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Dritte Ansprüche aus Verletzung gewerblicher Schutzrechte gegenüber *aap* in der Zukunft geltend machen. Eine solche Verletzung könnte unter Umständen die Auslieferung von Produkten verzögern. Im Falle eines negativen Verfahrensausganges könnte *aap* verpflichtet sein, Gebühren- oder Lizenzvereinbarungen einzugehen. Auf diese Weise könnte eine Klage wegen Verletzung gewerblicher Schutzrechte gegen die *aap* die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachteilig beeinflussen.

e) Produkthaftungsrisiko

Die Produkte von *aap* sind für die Einbringung und teilweise für den Verbleib im menschlichen Körper bestimmt. Aufgrund unterschiedlichen Heilungsverhaltens, aber auch unterschiedlicher Erfahrung der anwendenden Ärzte kann eine Fehlfunktion dieser Produkte nicht völlig ausgeschlossen werden. Bis heute wurden keine bedeutenden Schadensersatzansprüche aus Produkthaftung gegen *aap* geltend gemacht, dieses kann jedoch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

aap sichert sich gegen mögliche Produkthaftungsklagen durch eine hohe Qualitätskontrolle und durch eine Produkthaftpflichtversicherung ab. Dabei kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass der bestehende Versicherungsschutz für die Absicherung potentieller Ansprüche speziell in den USA ausreichend ist.

f) Rechtliche Risiken

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung der *aap* Implantate AG am 15. Februar 2007 wurde zur Übernahme der Fame Holding B.V. eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister hatte sich aufgrund von Klagen einzelner Aktionäre verzögert. *aap* beschritt daraufhin den Weg des 2006 neu geschaffenen „fast track proceedings“, welches Unternehmen, die von Hauptversammlungsklagen betroffen sind, eine

größere Rechtssicherheit und Verfahrensgeschwindigkeit verschaffen soll. In erster Instanz hat *aap* das Verfahren gewonnen. Nun ist die Berufung beim Kammergericht anhängig. Die mündliche Verhandlung vor dem Kammergericht wurde noch nicht terminiert. Der Vorstand geht jedoch davon aus, dass das Verfahren zugunsten von *aap* entschieden wird und daher keine Verluste entstehen werden.

Auch gegen Beschlüsse in der Hauptversammlung 2008 ist Klage erhoben worden. Diese Klage ist aber zum Ende des Geschäftsjahres 2008 verglichen worden, so dass sich aus dieser Klage keine Risiken mehr ergeben.

3) Weitere Angaben gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB

Preisänderungsrisiken können nicht vollständig ausgeschlossen werden. Diesen begegnet *aap* durch eine Verlagerung des Umsatzes hin zu eigenentwickelten und -produzierten Produktinnovationen mit höheren Margen.

Mögliche Risiken von Ausfällen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden durch ein aktives Forderungsmanagement minimiert. Darüber hinaus bildet *aap* hierfür regelmäßig eine ausreichende Risikovorsorge. Insgesamt kann das Risiko jedoch als äußerst begrenzt angesehen werden, da die Abschreibungen auf Forderungen im Berichtsjahr nur 42 T€ (0,3 % der Umsatzerlöse) betragen.

Im Rahmen der abgeschlossenen Ergebnisabführungsverträge hat die *aap* Implantate AG nicht nur Anspruch auf die abzuführenden Gewinne sondern ist auch verpflichtet, etwaige Verluste der *aap* Biomaterials GmbH und der *aap* bio implants markets GmbH auszugleichen.

Die Finanzierungssituation der *aap* Implantate AG kann trotz des Bestandes an Barmitteln von 69 T€ zum Bilanzstichtag 31.12.2008 als ausreichend eingeschätzt werden. Es handelt sich hierbei nur um eine Zeitpunkt Betrachtung. Dem Unternehmen stehen Kontokorrentlinien in Höhe von 3,5 Mio. € zur Verfügung. Zur Sicherstellung der Unternehmensfinanzierung der gesamten *aap*-Gruppe führte *aap* im März 2009 eine Kapitalerhöhung in Höhe von 1.267.357 EUR durch. Daneben konnte *aap* durch die Übernahme einer Finanzierungsverpflichtung durch einen Gesellschafter einen Nettozufluss in Höhe von 2 Mio. € erzielen. Des Weiteren konnte mit verschiedenen globalen Kunden der *aap* eine Reduktion der Zahlungsziele bei gleichzeitiger Einräumung günstigerer Abnahmekonditionen sowie mit ausgewählten Zulieferern eine Ausweitung der Zahlungsziele erreicht werden. *aap* unterliegt keinen erheblichen Zahlungsstromschwankungen.

aap schließt derzeit nur interne Fremdwährungssicherungsgeschäfte ab, da zum jetzigen Zeitpunkt nur ein geringes Währungsrisiko besteht und sich im Geschäftsjahr 2008 US-\$-Forderungen und Verbindlichkeiten weitestgehend ausgeglichen haben. Zukünftig plant *aap* jedoch, bei höheren Umsätzen auf US-\$-Basis, eine Absicherung dieser Forderungen vorzunehmen.

E) Prognosebericht

Bezogen auf die Umsatzsteigerung war 2008 für *aap* ein erfolgreiches Jahr. Begünstigt durch Initialgeschäfte mit neuen OEM-Kunden und organisches Wachstum mit bestehenden und neuen Kunden konnte eine deutliche Umsatzsteigerung erreicht werden. Jedoch zeigt sich auch, dass *aap* den begonnenen Trend der Verbesserung des Ergebnisses vor Aufwendungen/Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen weiterhin konsequent fortsetzen muss, um ein profitables Wachstum

in den kommenden Jahren zu sichern. Dies soll vor allem durch den Ausbau des Geschäfts mit eigenentwickelten und –produzierten Produktinnovationen mit höheren Margen sowie den Ausbau des OEM-Geschäfts erzielt werden. *aap* wird im Laufe des Geschäftsjahres 2009 im Bereich Traumatologie & Orthopädie verschiedene neue Produkte bzw. Produktfamilien in den Markt bringen, die mittelfristig nachhaltiges Wachstum erzielen werden.

Das Geschäftsjahr 2008 hat aber auch gezeigt, dass die Entwicklung einiger Tochterunternehmen im Bereich Biomaterialien weniger stabil ist als angenommen und daher das Umsatz- und Gewinnwachstum in diesen Tochterunternehmen deutlich unterhalb unsere Erwartungen geblieben ist. Dies zeigt sich vor allem in den aufgrund von abgeschlossenen Gewinnabführungsverträgen ausgeglichenen Jahresfehlbeträgen in Höhe von 2,7 Mio. EUR. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, haben wir Ende 2008 ein gruppenweites Performancesteigerungsprogramm initiiert, mit dem klaren Ziel, die *aap*-Gruppe auf den Pfad des nachhaltigen, profitablen Wachstums zu bringen. Für die *aap* Implantate AG bedeutet dies u. a. die Fokussierung nur auf solche Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die unsere Anforderungen – Wachstumsgenerierung, gesicherte IP-Position und schnelle Marktreife – am Besten erfüllen. Alle anderen Projekte wurden aufgeschoben oder gestoppt. Daneben werden kontinuierlich alle Kostenkategorien auf mögliche Einsparpotentiale hin überprüft und konkrete Kostensenkungsmaßnahmen definiert.

Ein weiterer Teil der strategischen Ausrichtung ist die Zusammenführung und die Lenkung der Geschäftsbereiche Traumatologie & Orthopädie sowie Biomaterialien unter einem Dach und als eine Einheit. So wird u.a. am Standort Berlin die gemeinsame Sales & Marketing Einheit für den Bereich Traumatologie & Orthopädie sowie Biomaterialien zentral gesteuert und kann dadurch auch effizienter und effektiver gemanagt werden.

Für die laufende Überwachung der kritischen Erfolgsfaktoren wird eine einheitliche IT-Infrastruktur benötigt. *aap* wird hierbei als Obergesellschaft die bereits in den deutschen Tochtergesellschaften bestehenden Strukturen weiter ausbauen und auf die anderen Konzerngesellschaften übertragen. Gleichzeitig soll ein solches ERP-System natürlich auch die administrativen Kosten senken. Bis Ende 2010 soll ein einheitliches operatives ERP-System konzernweit installiert werden.

Um *aap*'s Liquiditätssituation zu verbessern und das weitere Wachstum zu finanzieren haben wir im März eine Kapitalerhöhung durchgeführt und ein Gesellschafterdarlehen bekommen. Weitere Finanzierungsmaßnahmen sind für das Geschäftsjahr 2009 bereits in Planung.

Das Herz des Erfolges von *aap* sind die Mitarbeiter. Wir setzen auf einen Führungsstil, der ein hohes Maß an Selbstdisziplin fordert. Wir glauben, das Vertrauen und gegenseitige Unterstützung auf allen Ebenen jeden dazu motiviert, seine Kompetenz zum Wohle des Unternehmens einzubringen um die Wettbewerbsfähigkeit von *aap* zu sichern.

F) Sonstige Angaben

1. Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug zum 31.12.2008 26.614.513,00 € und war in 26.614.513 voll eingezahlte Inhaberstückaktien eingeteilt. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen außer den gesetzlichen Beschränkungen in bestimmten Fällen nicht. Es gibt keine unterschiedlichen Stimmrechte.

2. Grundzüge des Vergütungssystems (Vergütungsbericht)

Vorstandsvergütung

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder sowie ihre Struktur wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Ziel ist es, die Vorstandsmitglieder gemäß ihrer Tätigkeit und Verantwortung angemessen zu vergüten und dabei die persönliche Leistung sowie die wirtschaftliche Lage, den Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens zu berücksichtigen. Die Vorstandsverträge des Geschäftsjahres hatten eine Laufzeit bis zum 31.12.2008.

Regelung bis 31.12.2008

Die Gesamtbarvergütung setzt sich aus einem fixen und einem erfolgsbezogenen variablen Bestandteil zusammen, wobei der variable Gehaltsbestandteil der Höhe nach auf den fixen Gehaltsbestandteil begrenzt ist. Die Bezugsgröße für den variablen Gehaltsbestandteil bildet das korrigierte EBIT des jeweils im Verantwortungsbereich des Vorstands liegenden Segments nach IFRS. Darüber hinaus enthält die Vergütung der Vorstandsmitglieder Sach- und sonstige Bezüge, so vor allem die nach steuerlichen Richtlinien anzusetzenden Werte für die Dienstwagennutzung und Prämien zur Unfallversicherung. Außerdem stehen den Vorstandsmitgliedern Optionen aus dem Aktienoptionsplan 2006 der *aap* Implantate AG in Höhe von insgesamt 490.000 Stück zu, deren Zuteilung zeitlich an die Veröffentlichung einzelner Quartalsabschlüsse gebunden ist.

Regelung ab 1.1.2009

Die Vorstandsvergütung wurde mit Wirkung zum 01.01.2009 neu geregelt. Die neuen Vorstandsverträge haben eine Laufzeit bis zum 31.12.2012.

Die Gesamtbarvergütung setzt sich aus einem fixen und einem erfolgsbezogenen variablen Bestandteil zusammen, wobei der variable Gehaltsbestandteil der Höhe nach auf den fixen Gehaltsbestandteil begrenzt ist. Die Bezugsgröße für den variablen Gehaltsbestandteil bildet das EBIT wie es in dem nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss ausgewiesen wird. Im Falle außerordentlich hoher positiver Gewinnveränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr kann der Aufsichtsrat nach freiem Ermessen eine weitere angemessene außerordentlich Gewinnbeteiligung für den Vorstand beschließen. Darüber hinaus enthält die Vergütung der Vorstandsmitglieder Sach- und sonstige Bezüge, so vor allem die nach steuerlichen Richtlinien anzusetzenden Werte für die Dienstwagennutzung und Prämien zur Unfallversicherung und Altersversorgung. Außerdem stehen den Vorstandsmitgliedern Optionen aus dem Aktienoptionsplan 2008 der *aap* Implantate AG in Höhe von insgesamt 800.000 Stück zu, deren Zuteilung zeitlich an die Veröffentlichung einzelner Quartalsabschlüsse gebunden ist.

Zu den Konsequenzen auf die Vorstandsvergütung im Falle von Übernahmeangeboten siehe unten, Punkt 7.

Sofern *aap* ein anderes Unternehmen erwirbt oder mit einem solchen verschmolzen wird, das mehr als 50 % des Umsatzes des Bereiches Traumatologie & Orthopädie oder Biomaterialien im Jahr 2008 repräsentiert (maßgeblich ist, zu welchem Bereich das akquirierte Unternehmen gehört), erhält der Vorstand zur Kompensation des damit verbundenen Aufwands weitere 75.000 Optionen der *aap* Implantate AG, die nach Closing der Transaktion entsprechend den Regularien des Beschlusses der Hauptversammlung 2008 zum Optionsprogramm auf den nächstmöglichen Termin bezogen werden können, sofern noch eine ausreichende Anzahl an Optionen für den Vorstand nach dem maßgeblichen Hauptversammlungsbeschluss zur Verfügung steht. Sollten

nicht mehr genügend Optionen aus dem Aktienoptionsprogramm 2008 zur Verfügung stehen, werden die verbliebenen Bestände verteilt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 655 T€ 2008 (Vorjahr: 634 T€).

Für die einzelnen Mitglieder des Vorstands ergibt sich folgende Gesamtvergütung:

	Vergütungskomponenten in T€			Gesamt
	erfolgsunabhängig	erfolgsbezogen	mit langfristiger Anreizwirkung	
Bruke Seyoum Alemu	163	90	77	330
Oliver Bielenstein	193	5	127	325
				655

Aufsichtsratsvergütung

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben dem Ersatz ihrer Auslagen pro Sitzung eine Vergütung von je 1.250 €; der Vorsitzende erhält das Doppelte, der Stellvertreter das Eineinhalbfache dieses Betrages. Die Vergütung des Aufsichtsrats betrug im Geschäftsjahr insgesamt 36 T€ (Vorjahr: 52 T€).

Aktienoptionsprogramm 2006

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 30. Juni 2006 ist der Vorstand – soweit Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft zu den berechtigten Personen gehören – der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, bis zum 31. Dezember 2008 für die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und die Mitglieder der Geschäftsführungen der mit der Gesellschaft im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen Aktienoptionsprogramme aufzulegen und Optionsrechte auf bis zu 1.200.000 Stück Aktien der Gesellschaft mit einer Laufzeit von bis zu vier Jahren ab Ausgabetag zu gewähren. In einem Kalenderjahr sollen durch Aktienoptionsprogramme lediglich Optionsrechte, die zum Bezug eines Höchstbetrages von 600.000 Aktien berechtigen, herausgegeben werden. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Erfüllung der ausgeübten Optionsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des bedingten Kapitals I oder durch etwaige künftig zu beschließende Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien der Gesellschaft erfolgen.

Das Gesamtvolumen der Optionsrechte verteilt sich auf die berechnigte Personengruppe wie folgt:

- 65 % auf die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und die Mitglieder der Geschäftsführungen der verbundenen Unternehmen
- 35 % auf die Arbeitnehmer der Gesellschaft und der verbundenen Unternehmen.

Die Aktienoptionen werden an die berechtigten Personen nur jeweils zwischen dem 10. und dem 20. Börsentag nach Veröffentlichung der Quartals- oder Jahresabschlüsse der Gesellschaft ausgegeben.

Der bei der Ausübung der jeweiligen Option für eine Stückaktie zu entrichtende Ausübungspreis richtet sich nach dem Durchschnittswert des Schlussauktionspreises der Aktie der aap Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der

letzten 10 Börsentage vor dem Ausgabetag, mindestens jedoch dem geringsten Ausgabebetrag nach § 9 Abs. 1 AktG, mithin nicht unter dem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von € 1,00.

Aus den Aktienoptionen können Bezugsrechte nur ausgeübt werden, wenn der Durchschnittswert des Schlussauktionspreises der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystems) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 10 Börsentage vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus den Aktienoptionen den Ausübungspreis um mindestens 10 % seit dem Ausgabetag übersteigt.

Die gewährten Optionsrechte können frühestens zwei Jahre nach dem Ausgabetag ausgeübt werden.

Aktienoptionsprogramm 2008

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 29. September 2008 ist der Vorstand und – soweit Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft zu den berechtigten Personen gehören – der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, bis zum 28. September 2013 für diejenigen Personen, die einer der in nachstehender Ziffer 1 genannten Personengruppe angehören, Aktienoptionsprogramme aufzulegen und bis zu 1.200.000 Stück Aktienoptionen mit Bezugsrechten auf jeweils eine Stückaktie der Gesellschaft mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren ab dem Ausgabetag im Sinne der nachstehenden Ziffer 3 zu gewähren. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Aktienoptionen können auch von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen, gemäß nachstehender Ziffer 1 berechtigten Personen zu übertragen; auch in diesem Fall können die Optionen nur von der berechtigten Person selbst ausgeübt werden. Die Erfüllung der ausgeübten Optionsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des unter nachstehend lit. b) zur Beschlussfassung vorgeschlagenen bedingten Kapitals oder durch eigene Aktien der Gesellschaft erfolgen. Die Gewährung der Optionen zum Bezug von Aktien der Gesellschaft und die Ausgabe dieser Aktien erfolgt gemäß folgenden Bestimmungen:

(1) Berechtigte Personen

Berechtigt zum Erwerb der Aktienoptionen und berechtigt zum Bezug von Aktien der Gesellschaft sind

- (i) die Mitglieder des Vorstandes der Gesellschaft,
- (ii) die ausgewählten Führungskräfte der Gesellschaft sowie die Mitglieder der Geschäftsführung – diese nur, wenn sie am Ausgabetag nicht zugleich als Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft gemäß (i) berechtigt sind – und ausgewählte Führungskräfte der mit der Gesellschaft im Sinne des § 15 AktG verbundenen Unternehmen (im Folgenden „verbundene Unternehmen“),
- (iii) Arbeitnehmer der Gesellschaft und der verbundenen Unternehmen.

Das Gesamtvolumen der Optionsrechte verteilt sich wie folgt:

bis zu 800.000 Stück Aktienoptionen: auf die Vorstandsmitglieder der

	Gesellschaft,
bis zu 200.000 Stück Aktienoptionen:	auf die ausgewählten Führungskräfte der Gesellschaft sowie die Mitglieder der Geschäftsführung – diese nur, wenn sie am Ausgabetag nicht zugleich als Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft gemäß (i) berechtigt sind – und ausgewählte Führungskräfte der verbundenen Unternehmen,
bis zu 200.000 Stück Aktienoptionen:	auf die Arbeitnehmer der Gesellschaft und der verbundenen Unternehmen.

Über die Ausgabe von Aktienoptionen an Mitglieder des Vorstands ist jährlich im Anhang des Jahresabschlusses unter Angabe der Namen der begünstigten Vorstandsmitglieder und der jeweiligen Anzahl der an diese ausgegebenen Aktienoptionen zu berichten. Dasselbe gilt für die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr ausgeübten Bezugsrechte aus Aktienoptionen, die dabei gezahlten Ausübungspreise sowie die Zahl der von Vorstandsmitgliedern zum Jahresabschluss noch gehaltenen Aktienoptionen.

(2) Recht zum Bezug von Aktien

Jede Aktienoption gewährt dem Inhaber der Option das Recht, eine auf den Inhaber lautende Stückaktie der Gesellschaft gegen Zahlung des Ausübungspreises gemäß Ziffer 4 zu erwerben. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an am Gewinn teil, für das zum Zeitpunkt der Ausübung des Bezugsrechts noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist.

(3) Erwerbszeiträume

Die Ausgabe der Aktienoptionen soll in nicht weniger als drei Jahrestanchen erfolgen, mit der Maßgabe, dass keine Tranche mehr als 50 % des Gesamtvolumens umfasst. Die Aktienoptionen können an die berechtigten Personen nur jeweils zwischen dem 10. und dem 20. Börsentag nach Veröffentlichung der Quartals- oder Jahresabschlüsse der Gesellschaft ausgegeben werden (der Tag, an dem die von der Gesellschaft unterzeichnete Optionsvereinbarung an den Berechtigten ausgehändigt wird, wird als der "Ausgabetag" bezeichnet).

(4) Ausübungspreis

Der bei der Ausübung der jeweiligen Option für eine Stückaktie zu entrichtende Ausübungspreis entspricht dem Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in

Frankfurt am Main während der letzten 20 Börsentage vor dem Ausgabetag, mindestens jedoch dem geringsten Ausgabebetrag nach § 9 Abs. 1 AktG und liegt mithin nicht unter dem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00.

(5) Anpassung bei Kapitalmaßnahmen

Die Optionsbedingungen können für den Fall von Maßnahmen während der Laufzeit der Aktienoptionen, die den Wert der Optionen beeinflussen (Kapitalerhöhung unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechts für Aktionäre der Gesellschaft, Veräußerung von eigenen Aktien, Ausgabe von Schuldverschreibungen mit Wandlungs- und/oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft), Anpassungen des Ausübungspreises und/oder des Bezugsverhältnisses vorsehen. Eine Ermäßigung erfolgt nicht, wenn der berechtigten Person ein unmittelbares oder mittelbares Bezugsrecht auf die neuen Aktien oder eigenen Aktien oder neuen Schuldverschreibungen eingeräumt wird, das sie so stellt, als hätte sie die Option ausgeübt. Die Optionsbedingungen können darüber hinaus eine Anpassung der Optionsrechte für den Fall einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und Kapitalherabsetzung, im Falle einer Neustückelung der Aktien (Aktiensplit) oder einer Zusammenlegung von Aktien sowie bei Boni und außerordentlichen Bar- und/oder Sachausschüttungen entsprechend den Usancen an der deutschen und an internationalen Terminbörsen vorsehen. § 9 Abs. 1 AktG bleibt unberührt.

(6) Erfolgsziele

Aus den Aktienoptionen können Bezugsrechte nur ausgeübt werden, wenn der Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 20 Börsentage vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus den Aktienoptionen mindestens 20 % über dem Ausübungspreis liegt (absolute Hürde).

(7) Wartezeiten

Die den einzelnen berechtigten Personen jeweils gewährten Optionsrechte können frühestens nach Ablauf einer Wartezeit von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabetag ausgeübt werden. Dabei können – jeweils frühestens – zwei Jahre nach dem Ausgabetag 25 %, drei Jahre nach dem Ausgabetag weitere 25 %, vier Jahre nach dem Ausgabetag weitere 25 % und fünf Jahre nach dem Ausgabetag die letzten 25 % ausgeübt werden.

(8) Ausübungszeiträume

Nach Ablauf der vorstehenden Wartezeiten können die Bezugsrechte aus den Aktienoptionen jederzeit ausgeübt werden, jedoch nicht innerhalb folgender Zeiträume:

- in der Zeit ab dem letzten Tag, an dem sich Aktionäre zur Teilnahme an der

Hauptversammlung der Gesellschaft anmelden können, bis zum dritten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main nach dieser Hauptversammlung;

- in der Zeit ab dem Tag der Veröffentlichung eines Bezugsangebotes auf neue Aktien oder auf Schuldverschreibungen mit Wandel- und/oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft in einem Pflichtblatt der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main bis zum Tage, an dem die Bezugsfrist endet;
- in der Zeit von vier Wochen vor der Veröffentlichung des jeweiligen Quartals- oder Jahresabschlusses.

(9) Persönliches Recht

Die Aktienoptionen können nur durch die berechtigte Person selbst ausgeübt werden. Dies gilt auch dann, wenn die Aktienoptionen von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen berechtigten Personen zu übertragen. Die Verfügung über die Aktienoptionen ist ausgeschlossen, insbesondere sind sie nicht übertragbar. Die Aktienoptionen sind jedoch vererblich. Die Optionsbedingungen können abweichend hiervon besondere Regelungen vorsehen für den Fall, dass die berechtigte Person verstirbt oder in den Ruhestand tritt oder ihr Anstellungs- bzw. Arbeitsverhältnis mit der Gesellschaft bzw. dem verbundenen Unternehmen in sonstiger nicht kündigungsbedingter Weise endet oder das verbundene Unternehmen aus der *aap*-Gruppe ausscheidet.

(10) Verfall

- (a) Die Aktienoptionen verfallen sechs Jahre nach dem Ausgabetag.
- (b) Nicht ausgeübte Aktienoptionen erlöschen des Weiteren beim Zugang der schriftlichen Kündigung der Optionsrechtsvereinbarung durch die Gesellschaft. Eine solche Kündigung, die mit einer Frist von einem Monat erfolgen kann, ist möglich, wenn entweder von einem Gläubiger des Bezugsberechtigten die Zwangsvollstreckung in seine Aktienoptionen betrieben wird, wenn über das Vermögen des Bezugsberechtigten das Insolvenzverfahren eröffnet wird, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder wenn der Bezugsberechtigte wesentliche Pflichten nach dem Gesetz, der Satzung der Gesellschaft oder seinem Anstellungsvertrag mit der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen oder der Optionsrechtsvereinbarung verletzt.
- (c) Nicht ausgeübte Aktienoptionen erlöschen außerdem, sobald das jeweilige Dienst- oder Arbeitsverhältnis mit dem Bezugsberechtigten - sei es als Mitglied des Vorstands, ausgewählte Führungskraft oder Arbeitnehmer der Gesellschaft oder als Geschäftsführer, ausgewählte Führungskraft oder Arbeitnehmer eines verbundenen Unternehmens - gekündigt oder aufgehoben wird oder aus sonstigen Gründen, insbesondere durch Zeitablauf endet; bei Kündigung oder Aufhebung ist der Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung oder der des wirksamen Abschlusses der Aufhebungsvereinbarung maßgebend, auch wenn die

Beendigungswirkung erst in der Zukunft eintritt. Die einem Mitglied des Vorstands der Gesellschaft oder der Geschäftsführung eines verbundenen Unternehmens in dieser Eigenschaft gewährten Aktienoptionen erlöschen auch mit dessen Amtsniederlegung oder der Abberufung dieses Vorstandsmitglieds oder dieses Mitglieds der Geschäftsführung des verbundenen Unternehmens.

- (d) Sofern die Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses bei der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen mit der Aufnahme eines neuen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses bei der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen im Zusammenhang steht, verfallen die einem Bezugsberechtigten eingeräumten Aktienoptionen jedoch nicht. Entsprechendes gilt für die Beendigung der Organstellung, wenn im Zusammenhang damit eine Neubestellung in der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen erfolgt.
- (e) Die einem Bezugsberechtigten eingeräumten Aktienoptionen verfallen ferner nicht, wenn sein Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Erreichen der Altersgrenze oder durch Invalidität oder Tod endet. In diesen Fällen kann der Optionsberechtigte bzw. können die Erben des verstorbenen Optionsberechtigten die Optionsrechte nach Ablauf der Wartezeit nach Ziffer 7 Satz 1 und unter Beachtung der Staffelung gemäß Ziffer 7 Satz 2 innerhalb des jeweils nächsten Ausübungszeitraums ausüben. Werden sie nicht in diesem Ausübungszeitraum ausgeübt, erlöschen sie.

(11) Barausgleich

Anstelle des Bezugs neuer Aktien kann dem Berechtigten ein Barausgleich gewährt werden. Über die Ausübung des Wahlrechts entscheidet der Vorstand, soweit Vorstandsmitglieder betroffen sind, der Aufsichtsrat. Der Barausgleich entspricht der Differenz zwischen dem Ausübungspreis und dem Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 20 Börsenhandelstage vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus den Aktienoptionen.

(12) Regelung der Einzelheiten

Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten für die Ausgabe von Aktien aus dem bedingten Kapital und die weiteren Bedingungen des Aktienoptionsprogramms einschließlich der Optionsbedingungen für die berechtigten Personengruppen festzulegen; abweichend hiervon entscheidet für die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft auch insoweit der Aufsichtsrat der Gesellschaft. Zu diesen weiteren Einzelheiten gehören insbesondere Bestimmungen über die Aufteilung der Optionsrechte innerhalb der berechtigten Personengruppen, den Ausgabetag innerhalb des vorgegebenen Zeitraums, das Verfahren für die Zuteilung an die einzelnen berechtigten Personen und die Ausübung der Optionsrechte sowie weitere Verfahrensregelungen..

3. Beschränkungen bezüglich Stimmrechten und Übertragungen von Aktien

Dem Vorstand ist bekannt, dass gewisse Zeichner der Sachkapitalerhöhung des Jahres 2004 sich zu einem Pool zusammengeschlossen hatten. Gegenstand des Pools war die Abstimmung des Stimmverhaltens in der Hauptversammlung, Verfügungsbeschränkungen wurden nicht vereinbart. Die Poolmitglieder halten gemäß letzter Meldung insgesamt 32,06 % der Aktien von aap per 31.12.2008 (Vorjahr: 32,06 %).

Im Zusammenhang mit dem Erwerb sämtlicher Anteile an der FAME Holding B.V. haben sich die Gesellschafter der FAME Holding B.V. (Noes Beheer B.V., Elocin B.V., Ramphastos Investments N.V., Bender Analytical Holding B.V., Herr Andreas Johannes de Lege sowie Herr Godefridus Josephus Henricus van Hoof) jeweils verpflichtet, innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten 50 % der als Gegenleistung erhaltenen Aktien der Gesellschaft ab dem Datum der Börsenzulassung, die am 1. Oktober 2007 erfolgte, weder anzubieten, zu veräußern, dieses anzukündigen oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen, die einer Veräußerung wirtschaftlich entsprechen.

4. Direkte und indirekte Beteiligungen > 10 % der Stimmrechte

An der aap Implantate AG wird nach unseren Kenntnissen zum 31. Dezember 2008 folgende direkte und indirekte Beteiligung von über 10 % am Grundkapital in Höhe von 26.614.513,00 € gehalten:

Name	Stimmrechte in %
1. Noes Beheer B.V.	20,41
2. Jürgen W. Krebs	12,35
3. Elocin B.V.	10,22

5. Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen zur Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstandes und über Satzungsänderungen

Die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes richtet sich nach den §§ 84 f. AktG sowie der Satzung der Gesellschaft. Gemäß der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus einem oder mehreren Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Vorstandsmitglieder und bestellt diese. Der Aufsichtsrat kann ein Mitglied des Vorstandes zum Vorsitzenden des Vorstandes sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes ernennen. Der Aufsichtsrat hat zum 1. Januar 2009 Herrn Biense Visser zum Vorsitzenden des Vorstandes ernannt. Der Aufsichtsrat beruft die Mitglieder des Vorstandes ab. Die Vorstandsmitglieder werden für höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit für jeweils bis zu weiteren fünf Jahren ist zulässig. Aus wichtigem Grund kann der Aufsichtsrat die Bestellung eines Vorstandsmitglieds vor Ablauf von dessen Amtszeit widerrufen, etwa bei grober Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder wenn die Hauptversammlung dem Vorstandsmitglied das Vertrauen entzieht, es sei denn, der Vertrauensentzug erfolgte aus offenbar unsachlichen Gründen.

Satzungsänderungen erfolgen nach den Regelungen der §§ 179 ff. AktG sowie der Satzung der Gesellschaft. Nach der Satzung der Gesellschaft ist der Aufsichtsrat befugt, Änderungen der Satzung, die nur deren Fassung betreffen, zu beschließen.

6. Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 10. Juni 2010 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2005/I). Das Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden. Das genehmigte Kapital beträgt nach teilweiser Ausnutzung nunmehr noch 4.192.786 €.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 26. August 2012 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt 2.988.935 € gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2007/I) und dabei, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden.

Die Hauptversammlung vom 27. August 2007 hat die Gesellschaft zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG und zum Ausschluss des Bezugsrechts ermächtigt. Es können eigene Aktien bis zu einem rechnerischen Anteil von insgesamt 1.000.000 € am Grundkapital erworben werden. Auf die erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach den §§ 71 a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung darf nicht zum Zwecke des Handels in eigenen Aktien ausgenutzt werden. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft oder durch Dritte für Rechnung der Gesellschaft ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 26. Februar 2009. Der Erwerb erfolgt nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels einer öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots.

- Erfolgt der Erwerb der Aktien über die Börse, darf der von der Gesellschaft gezahlte Gegenwert je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den am Börsenhandelstag durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) um nicht mehr als 5 % über- oder unterschreiten.
- Erfolgt der Erwerb über ein öffentliches Kaufangebot bzw. eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots, dürfen der gebotene Kaufpreis oder die Grenzwerte der Kaufpreisspanne je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den Durchschnitt der Schlusskurse im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an den drei Börsenhandelstagen vor dem Tag der öffentlichen Ankündigung des Angebots bzw. der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Ergeben sich nach der Veröffentlichung eines öffentlichen Kaufangebots bzw. der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots erhebliche Abweichungen des maßgeblichen Kurses, so kann das Angebot bzw. die Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots angepasst werden. In diesem Fall wird auf den Durchschnittskurs der drei Börsenhandelstage vor der öffentlichen Ankündigung einer etwaigen Anpassung abgestellt. Das Kaufangebot bzw. die Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots kann weitere Bedingungen vorsehen. Sofern das Kaufangebot überzeichnet ist bzw. im Fall einer Aufforderung zur Abgabe eines Angebots von mehreren gleichwertigen Angeboten nicht sämtliche

angenommen werden, muss die Annahme nach Quoten erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 100 Stück zum Erwerb angebotener Aktien je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wird ermächtigt, Aktien der Gesellschaft, die auf Grund dieser Ermächtigung erworben werden, zu allen gesetzlich zugelassenen Zwecken, insbesondere auch zu den folgenden Zwecken zu verwenden:

- I. Die Aktien können eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Sie können auch im vereinfachten Verfahren ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen rechnerischen Betrages der übrigen Stückaktien am Grundkapital der Gesellschaft eingezogen werden. Die Einziehung kann auf einen Teil der erworbenen Aktien beschränkt werden. Von der Ermächtigung zur Einziehung kann mehrfach Gebrauch gemacht werden. Erfolgt die Einziehung im vereinfachten Verfahren, ist der Vorstand zur Anpassung der Zahl der Stückaktien in der Satzung ermächtigt.
- II. Die Aktien können auch in anderer Weise als über die Börse oder durch ein Angebot an die Aktionäre veräußert werden, wenn die Aktien gegen Barzahlung zu einem Preis veräußert werden, der den Börsenpreis von Aktien gleicher Ausstattung der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet.
- III. Die Aktien können gegen Sachleistung ausgegeben werden, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmen, Teilen von Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen sowie Zusammenschlüssen von Unternehmen.
- IV. Die Aktien können auch zur Erfüllung von Umtauschrechten aus von der Gesellschaft begebenen Wandelschuldverschreibungen verwendet werden.

Die Ermächtigungen unter lit. d), II. bis IV. erfassen auch die Verwendung von Aktien der Gesellschaft, die auf Grund von § 71 d Satz 5 AktG erworben wurden.

Die Ermächtigungen unter lit. d) können einmal oder mehrmals, ganz oder in Teilen, einzeln oder gemeinsam, die Ermächtigungen gemäß lit. d), II. bis IV. können auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder auf deren Rechnung oder auf Rechnung der Gesellschaft handelnde Dritte ausgenutzt werden.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf diese eigenen Aktien wird insoweit ausgeschlossen, wie diese Aktien gemäß der vorstehenden Ermächtigung unter lit. d), II. bis IV. verwendet werden.

Der Aufsichtsrat kann bestimmen, dass Maßnahmen des Vorstands auf Grund dieses Hauptversammlungsbeschlusses nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

7. Entschädigungsvereinbarungen im Falle von Übernahmeangeboten mit Mitgliedern des Vorstandes oder Arbeitnehmern

Sollte es zu einer Übernahme der Gesellschaft kommen, werden dem Vorstand gegebenenfalls

noch nicht gewährte Aktienoptionen ausgegeben.

Erwirbt eine Person oder Gesellschaft oder mehrere zusammenarbeitende Personen oder Gesellschaften (acting in concert i.S.d. WpÜG) mehr als 50 % der Aktien der Gesellschaft („Change of Control“) steht dem Vorstand ein Bonus zu.

Regelung bis zum 31.12.2008

Die Höhe entspricht dem Produkt aus der Anzahl von Aktienoptionen, die den Vorständen nach § 5 zustehen, die aber im Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ankündigung des Übernahmeangebotes noch nicht zugeteilt worden sind, und der Differenz aus dem im Übernahmeangebot angebotenen Preis pro Aktie und dem gewichteten durchschnittlichen XETRA-Schlusskurs während der letzten 20 Handelstage in Frankfurt am Main vor Veröffentlichung der Ankündigung des Übernahmeangebotes.

Regelung ab dem 1. Januar 2009

Die Höhe des Bonus orientiert sich an der Anzahl der dem Vorstand zustehenden Aktienoptionen und der Differenz aus dem im Übernahmeangebot angebotenen Preis pro Aktie (bzw. dem durchschnittlich gezahlten Preis bei anderen Erwerben) und dem Ausübungspreis für die Optionen gemäß dem Aktienoptionsprogramm 2008.

Im Falle eines Change of Control steht dem Vorstand ein Change of Control Bonus zu, der in Abhängigkeit vom vereinbarten Kaufpreis berechnet wird. Der Bonus wird am Tag des Closing des Change of Control zur Zahlung fällig.

Berlin, 22. April 2009

Der Vorstand



Biense Visser
Vorstandsvorsitzender/CEO



Bruke Seyoum Alemu
Vorstand/COO



Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB für die Zeit vom 1. Januar bis 31.
Dezember 2008

	<u>Anhang</u>	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	(9)	12.119	7.853
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen		296	453
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		28	437
4. Gesamtleistung		<u>12.443</u>	<u>8.743</u>
5. Sonstige betriebliche Erträge	(10)	1.836	1.731
6. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren		-3.733	-2.345
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		<u>-994</u>	-472
		-4.727	-(2.817)
7. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter		-4.926	-4.624
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>-767</u>	-706
		-5.693	-(5.330)
8. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebes		-766	-802
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-4.319	-3.533
10. Erträge aus Beteiligungen	(14)	58	0
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		517	502
- davon aus verbundenen Unternehmen: € 510.871,19 (Vorjahr: € 468.323,65)			
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-385	-226
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen: € 14.425,00 (Vorjahr: € 9.400,00)			
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme		<u>-2.740</u>	<u>0</u>
14. <i>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</i>		-3.776	-1.732
15. Sonstige Steuern		<u>-1</u>	<u>-1</u>
16. Jahresfehlbetrag		-3.777	-1.733
17. Verlustvortrag		<u>-15.107</u>	<u>-13.374</u>
18. Bilanzverlust		<u>-18.884</u>	<u>-15.107</u>

Bilanz nach HBG zum 31. Dezember 2008 in T€

AKTIVA

PASSIVA

	Anhang		Vorjahr			Anhang		Vorjahr	
	(3)	T€	T€	T€		(6)	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital		26.614		25.347
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		49		24	II. Kapitalrücklagen		26.485		24.553
2. Geschäfts- oder Firmenwert		0		0	III. Gewinnrücklagen				
3. Geleistete Anzahlungen		0		0	1. Gesetzliche Rücklagen	(42)		(42)	
			(49)	(24)	2. Andere Gewinnrücklagen	219		219	
II. Sachanlagen						261			
1. Grundstücke und Bauten		473		480	IV. Bilanzverlust		-18.884		-15.107
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.748		1.617		(34.476)	(35.054)		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		293		756					
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0		0					
			(2.514)	(2.853)	B. Sonderposten mit Rücklageanteil		118		168
III. Finanzanlagen	(4)								(168)
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	(14)	24.221		22.208	C. Rückstellungen				
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		5.871		6.232	1. Sonstige Rückstellungen	(7)	1.342		865
3. Beteiligungen	(14)	238		238					(865)
4. Geleistete Anzahlungen auf Finanzanlagen		0		0	D. Verbindlichkeiten	(8)			
			(30.330)	(28.678)	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		5.464		5.768
B. Umlaufvermögen	(5)				2. Erhaltene Anzahlungen		(144)		(144)
I. Vorräte					3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.133		662
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		1.372		1.046	4. Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen		2.866		295
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		2.210		1.516	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		22		16
3. Fertige Erzeugnisse und Waren		4.048		4.086	6. Sonstige Verbindlichkeiten		431		547
			(7.630)	(6.648)	davon aus Steuern:				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					€ 84.551,16 (Vj.: € 80.476,55)				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		2.297		2.764	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(14)	2.407		1.359	€ 857,48 (Vj.: € 10.305,42)		10.060		(7.432)
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(14)	1		83					
4. Sonstige Vermögensgegenstände		653		803					
			(5.358)	(5.009)					
III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank-Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten			69	264					
C. Rechnungsabgrenzungsposten			46	43					
			45.996	43.519			45.996		43.519

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2008 in T€

	Historische Anschaffungskosten				Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand	Stand	Abschreibungen	Abgänge	Umbuchungen	Stand	Stand	Stand
	01.01.2008				31.12.2008	01.01.2008	Geschäftsjahr			31.12.2008	31.12.2008	31.12.2007
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	639	0	0	0	639	639	0	0	0	639	0	0
B. Anlagevermögen												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	2.615	56	0	0	2.671	2.591	31	0	0	2.622	49	24
2. Geschäfts- oder Firmenwert	51	0	0	0	51	51	0	0	0	51	0	0
	<u>2.666</u>	<u>56</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>2.722</u>	<u>2.642</u>	<u>31</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>2.673</u>	<u>49</u>	<u>24</u>
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und Bauten	864	0	0	0	864	384	7	0	0	391	473	480
2. Technische Anlagen und Maschinen	7.618	676	0	0	8.294	6.001	545	0	0	6.546	1.748	1.617
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.912	237	8	-726 ¹⁾	1.415	1.156	183	8	-209 ¹⁾	1.122	293	756
	<u>10.394</u>	<u>913</u>	<u>8</u>	<u>-726</u>	<u>10.573</u>	<u>7.541</u>	<u>735</u>	<u>8</u>	<u>-209</u>	<u>8.059</u>	<u>2.514</u>	<u>2.853</u>
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	22.208	2.013	0	0	24.221	0	0	0	0	0	24.221	22.208
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	6.232	1.639	2.000	0	5.871	0	0	0	0	0	5.871	6.232
3. Beteiligungen	238	0	0	0	238	0	0	0	0	0	238	238
5. Sonstige Ausleihungen	38	0	0	0	38	38	0	0	0	38	0	0
	<u>28.716</u>	<u>3.652</u>	<u>2.000</u>	<u>0</u>	<u>30.368</u>	<u>38</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>38</u>	<u>30.330</u>	<u>28.678</u>
Summe	<u>42.415</u>	<u>4.621</u>	<u>2.008</u>	<u>-726</u>	<u>44.302</u>	<u>10.860</u>	<u>766</u>	<u>8</u>	<u>-209</u>	<u>11.409</u>	<u>32.893</u>	<u>31.555</u>

¹⁾ Umgliederung in das Umlaufvermögen (vgl. Punkt II.(3))



Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2007 in T€

	Historische Anschaffungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte		
	Stand 01.01.2007	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2007	Stand 01.01.2007	Abschreibungen Geschäftsjahr	Abgänge	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2006
A. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	639	0	0	0	639	639	0	0	639	0	0
B. Anlagevermögen											
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	2.613	10	15	7	2.615	2.574	32	15	2.591	24	39
2. Geschäfts- oder Firmenwert	51	0	0	0	51	51	0	0	51	0	0
3. Geleistete Anzahlungen	7	0	0	-7	0	0	0	0	0	0	7
	2.671	10	15	0	2.666	2.625	32	15	2.642	24	46
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und Bauten	864	0	0	0	864	377	7	0	384	480	487
2. Technische Anlagen und Maschinen	6.753	603	6	268	7.618	5.528	474	1	6.001	1.617	1.225
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.099	477	664	0	1.912	1.164	289	297	1.156	756	935
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	268	0	0	-268	0	0	0	0	0	0	268
	9.984	1.080	670	0	10.394	7.069	770	298	7.541	2.853	2.915
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.282	20.856	0	70	22.208	0	0	0	0	22.208	1.282
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	6.122	678	568	0	6.232	0	0	0	0	6.232	6.122
3. Beteiligungen	238	0	0	0	238	0	0	0	0	238	238
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5. Sonstige Ausleihungen	38	0	0	0	38	38	0	0	38	0	0
6. Geleistete Anzahlungen	70	0	0	-70	0	0	0	0	0	0	70
	7.750	21.534	568	0	28.716	38	0	0	38	28.678	7.712
Summe	21.044	22.624	1.253	0	42.415	10.371	802	313	10.860	31.555	10.673



Entwicklung des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2008 in T€

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinnrücklagen		Bilanzverlust	Gesamt
			Gesetzliche Rücklage	andere Gewinn- rücklagen		
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Stand 01.01.2007	16.899	12.030	42	219	-13.374	15.816
Kapitalerhöhung	8.448	12.251				20.699
Aktienoptionen		272				272
Jahresfehlbetrag					-1.733	-1.733
Stand 31.12.2007 / 01.01.2008	25.347	24.553	42	219	-15.107	35.054
Kapitalerhöhung	1.267	1.496				2.763
Aktienoptionen		436				436
Jahresfehlbetrag					-3.777	-3.777
Stand 31.12.2008	26.614	26.485	42	219	-18.884	34.476

Bedingtes Kapital: T€ 8.400 (Vorjahr: T€ 7.200)

Rückstellungsspiegel zum 31. Dezember 2008

	Stand 01.01.2008	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2008
	T€	T€	T€	T€	T€
Verpflichtungen					
Mitarbeiter	515	417	33	545	610
Boni und Provisionen	29	22	7	64	64
Ausstehende Rechnungen	146	138	4	456	460
Jahresabschluss und Prüfung	120	120	0	150	150
Lizenzen	55	55	0	58	58
	865	752	44	1.273	1.342

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2008

	Gesamt	Unter 1 Jahr	1 – 5 Jahre	Über 5 Jahre	Vorjahr
	T€	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.464	2.456	3.008	0	5.768
Erhaltene Anzahlungen	144	144	0	0	144
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.133	1.133	0	0	662
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.866	2.519	347	0	295
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis	22	22	0	0	16
Sonstige Verbindlichkeiten	431	378	53	0	547
(davon aus Steuern)	(85)	(85)	(0)	(0)	(80)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(1)	(1)	(0)	(0)	(10)
	<u>10.060</u>	<u>6.652</u>	<u>3.408</u>	<u>0</u>	<u>7.432</u>

Sicherheiten für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

1. Gesamtschuldnerische Haftung mit der aap Biomaterials GmbH
1.000.000,00 € (Vorjahr: 1.000.000,00 €)
2. Schuldbeitritt
1.875.000,00 € (Vorjahr: 1.000.000,00 €)
3. Gesamtschuldnerische Haftung mit der aap bio implants markets GmbH und der aap Biomaterials GmbH
Abtretung sämtlicher gegenwärtiger und künftiger Forderungen aus Warenlieferungen und -leistungen
810.576,70 € (Vorjahr: 0,00 €)

Anhang zum 31. Dezember 2008

I. Erläuterungen zum Jahresabschluss

(1) Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Die allgemeinen Vorschriften der §§ 238 bis 263 für alle Kaufleute sowie die ergänzenden Vorschriften für große Kapitalgesellschaften gem. §§ 264 ff. wurden beachtet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den §§ 266 und 275 HGB.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten angesetzt und werden planmäßig über drei Jahre abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Den Abschreibungen werden Nutzungsdauern von 2 – 15 Jahren zugrunde gelegt.

Die Abgänge werden zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibung zum Zeitpunkt ihres Ausscheidens ausgebucht.

Die aktivierten Eigenleistungen wurden zu Herstellungskosten bewertet. Der Umfang der Herstellungskosten entspricht dem Ansatz bei den fertigen Erzeugnissen.

Selbständig nutzbare, bewegliche Anlagegüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten über € 150,00 aber nicht über € 1.000,00 werden entsprechend steuerrechtlicher Vorschriften in einen Sammelposten eingestellt. Der Sammelposten wird im Wirtschaftsjahr der Bildung und den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst. Im Falle des Ausscheidens eines solchen Vermögensgegenstandes wird der Sammelposten nicht gemindert. Selbständig nutzbare Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis € 150,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und zugleich im Jahr ihrer Anschaffung als Abgang behandelt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit den ihnen beizulegenden niedrigeren Werten angesetzt. Die verzinslichen Ausleihungen sind zu Nennwerten bilanziert.

Die Bestände des Vorratsvermögens sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden Wert bewertet. Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu den Einstandspreisen. Die unfertigen und fertigen Erzeugnisse wurden zu Herstellungskosten bewertet. Diese enthalten die nach § 255 Abs. 2 S. 2 HGB aktivierungspflichtigen Einzelkosten und gem. § 255 Abs. 2 S. 3 HGB angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit er durch die Fertigung veranlasst ist. Die Kosten der allgemeinen Verwaltung werden gemäß § 255 Abs. 2 S. 4 HGB in die Herstellungskosten einbezogen. Zinsen für Fremdkapital wurden nicht berücksichtigt. Die Bewertung erfolgt unter Zugrundelegung des FIFO-Verfahrens als Verbrauchsfolgefiktion.

Zur Einhaltung des Niederstwertprinzips gem. § 253 Abs. 3 HGB wurden Abschläge wegen eingeschränkter Verwertbarkeit vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert bzw. zum niedrigeren Stichtagswert gemäß § 253 Abs. 3 S. 2 HGB bewertet. Unverzinsliche Forderungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr sind mit dem Barwert angesetzt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch einen pauschalen Abschlag in Höhe von 1 % des nicht einzelwertberechtigten Forderungsbestandes Rechnung getragen.

Forderungen in fremder Währung wurden zu einem Kurs umgerechnet, der zum Zeitpunkt der Erstverbuchung maßgeblich war; es sei denn, es lag ein niedrigerer Stichtagskurs vor. Verluste aus Kursänderungen zum Bilanzstichtag werden ergebniswirksam erfasst.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten werden zu Nominalwerten angesetzt.

Zugewendete Investitionszuschüsse werden als Sonderposten für Investitionszuschüsse/-zulagen passiviert. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt linear entsprechend der Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände.

Die an Arbeitnehmer und Mitglieder der Geschäftsführung gewährten Aktienoptionen wurden entsprechend dem Positionspapier des Deutschen Standardisierungsrates (DSR) einerseits als Personalaufwand und andererseits in analoger Anwendung von § 272 Abs. 2 Nr. 2 HGB als Einlage in die Kapitalrücklage erfasst. Die Zuführung in die Kapitalrücklage erfolgte über den Leistungszeitraum, der der vertraglich vereinbarten Sperrfrist von zwei Jahren entspricht. Die Bewertung der ausgegebenen Aktienoptionen erfolgte zum Zeitpunkt ihrer Gewährung nach dem Binomialmodell.

Bei der Bildung der Rückstellungen wurde den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung getragen. Sie sind in der Höhe bewertet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Umrechnung der Verbindlichkeiten in fremder Währung erfolgte zum Rückzahlungskurs beim Eingehen der Verbindlichkeit oder zum höheren Stichtagskurs. Verluste aus Kursänderungen zum Bilanzstichtag werden ergebniswirksam erfasst.

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche oder bestehende Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und bei denen ein Ressourcenabfluss nicht wahrscheinlich ist. Sie werden in der Bilanz nicht erfasst. Die angegebenen Verpflichtungsvolumina entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

II. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

(3) Anlagevermögen

Zur Entwicklung des Anlagevermögens 2008 wird auf den als Anlage 3.1 beigefügten Anlagespiegel verwiesen.

Im Berichtsjahr wurden Vermögensgegenstände des Anlagevermögens mit einem Buchwert von T€ 517 in das Umlaufvermögen umgegliedert. Die Umgliederung betrifft bisher in der Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesene selbsterstellte Musterkoffer, die in Abweichung zum Vorjahr nun zur Veräußerung bestimmt sind.

(4) Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen

Mit Beschluss der Hauptversammlung am 29.09.2008 wurde den am 15.08.2008 mit der *aap* Biomaterials GmbH, Dieburg, und der *aap* bio implants markets GmbH, Düsseldorf, geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen zugestimmt. Danach ist jeweils der gesamte Gewinn an die *aap* Implantate AG abzuführen. Diese ist verpflichtet, während der Vertragsdauer entstehende Jahresfehlbeträge der Gesellschaften auszugleichen. Die Eintragung der Verträge im Handelsregister der Gesellschaft erfolgte am 13.10.2008 bzw. 10.10.2008.

Mit Vertrag vom 15.12.2008 wurde die Verschmelzung der *aap* Biomaterials GmbH & Co. KG durch Aufnahme auf die *aap* Biomaterials GmbH mit Wirkung auf den 01.07.2008 beschlossen. Der Verschmelzung wurde die Bilanz der *aap* Biomaterials GmbH & Co. KG zum 30.06.2008 zu Grunde gelegt. Die Einbringung des Vermögens erfolgte zu Buchwerten gegen Ausgabe eines Geschäftsanteils an der *aap* Biomaterials GmbH zum Nennwert von € 95.000,00 nach einem Umtauschverhältnis von € 1,00 Pflichteinlage an der *aap* Biomaterials GmbH & Co. KG zu € 1,00 Geschäftsanteil an der *aap* Biomaterials GmbH. Das Stammkapital der *aap* Biomaterials GmbH wurde mit Beschluss vom 15.12.2008 für Zwecke der Verschmelzung um € 95.000,00 erhöht. Die Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister beider Gesellschaften erfolgte am 04.02.2009.

Mit Vertrag vom 23.11.2007 haben die bisherigen Kommanditisten der ADC GmbH & Co. KG ihre Kommanditanteile an die ADC Advanced Dental Care Verwaltungs GmbH mit wirtschaftlicher Wirkung ab dem 01.07.2008 an die *aap* Implantate AG abgetreten. Die Übertragungen standen unter der aufschiebenden Bedingung der Eintragung der *aap* Implantate AG als Rechtsnachfolgerin der früheren Kommanditisten der ADC GmbH & Co. KG. Die aufschiebenden Bedingung ist am 02.04.2009 durch die Eintragung der *aap* Implantate AG als Rechtsnachfolgerin der früheren Kommanditisten der ADC GmbH & Co. KG in das Handelsregister rückwirkend zum 15.07.2008 eingetreten. Die ADC GmbH & Co. KG ist mit Eintritt der aufschiebenden Bedingung ohne Liquidation beendet.

Der erweiterten Anwachsung wurde die Bilanz der ADC GmbH & Co. KG zum 30.06.2008 zu Grunde gelegt. Die Abtretungen der Kommanditanteile erfolgten als Sacheinlage gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten aufgrund der am 23.11.2007 beschlossenen Erhöhung des Stammkapitals der ADC GmbH um € 25.000,00 auf € 50.000,00. Die Kapitalerhöhung wurde im Dezember 2008 zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet. Die Eintragung ist bisher noch nicht erfolgt.

(5) Umlaufvermögen

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wird eine Forderung aus Garantieverletzungen gegenüber den

einbringenden Gesellschaftern der Anteile an der *aap* Biomaterials GmbH & Co. KG, *aap* Biomaterials GmbH und CORIMED Kundenorientierte Medizinprodukte GmbH in Höhe von T€ 482 ausgewiesen.

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 10 und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 23 mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr ausgewiesen.

(6) Eigenkapital

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug zum 31.12.2008 € 26.614.513,00 und war in 26.614.513 Inhaberstückaktien eingeteilt.

Mit Beschluss vom 03.09.2008 wurde das Grundkapital der *aap* Implantate AG von € 25.347.156,00 um € 1.267.357,00 auf € 26.614.513,00 durch Ausgabe von 1.267.357 Inhaberstückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von jeweils € 1,00 erhöht. Die Kapitalerhöhung erfolgte gegen Bareinlage aus dem genehmigten Kapital. Die neuen Aktien sind ab dem 01.01.2008 gewinnbezugsberechtigt. Der Ausgabebetrag beträgt € 2,18. Die Eintragung in das Handelsregister ist am 04.09.2008 erfolgt.

Die gesetzliche Rücklage beträgt zum Ende des Geschäftsjahres € 41.703,95 und übersteigt gemeinsam mit der Kapitalrücklage den zehnten Teil des Grundkapitals.

Bedingtes Kapital

Die Hauptversammlung vom 30.06.2006 hat die bedingte Erhöhung des Grundkapitals von bis zu 1.200.000 Stück neuer auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft beschlossen. Die neuen Aktien sind gewinnberechtigt ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden (bedingtes Kapital 2006/I). Das bedingte Kapital 2006/I dient der Erfüllung von ausgeübten Optionsrechten, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 30.06.2006 bis zum 31.12.2008 gewährt werden.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 30.06.2006 wird das Grundkapital der Gesellschaft um € 6.000.000,00 durch Ausgabe von bis zu 6.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital 2006/II). Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibung, die bis zum 29.06.2011 von der Gesellschaft begeben werden.

Die bedingte Kapitalerhöhung dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandelungspflichten ausgestattet sind. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandelungsrechten oder durch Erfüllung von Wandelungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Die Hauptversammlung vom 29.09.2008 hat die bedingte Erhöhung des Grundkapitals von bis zu 1.200.000 Stück neuer auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft beschlossen. Die neuen Aktien sind gewinnberechtigt ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden (bedingtes Kapital 2008/I). Das bedingte Kapital 2008/I dient der Erfüllung von ausgeübten Optionsrechten, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 29.09.2008 bis zum 28.09.2013 gewährt werden.

Ermächtigungen

1. Aktienoptionen 2006

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 30.06.2006 ist der Vorstand und – soweit Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft zu den berechtigten Personen gehören – der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, bis zum 31.12.2008 für die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und die Mitglieder der Geschäftsführungen der mit der Gesellschaft im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen Aktienoptionsprogramme aufzulegen und Optionsrechte auf bis zu 1.200.000 Stück Aktien der Gesellschaft mit einer Laufzeit von bis zu vier Jahren ab Ausgabebetrag zu gewähren. In einem Kalenderjahr sollen durch Aktienoptionsprogramme lediglich Optionsrechte, die zum Bezug eines Höchstbetrages von 600.000 Aktien berechtigen, herausgegeben werden. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Erfüllung der ausgeübten Optionsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des bedingten Kapitals 2006/I oder durch etwaige künftig zu beschließende Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien der Gesellschaft erfolgen.

Das Gesamtvolumen der Optionsrechte verteilt sich auf die berechnigte Personengruppe wie folgt:

- 65 % auf die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und die Mitglieder der Geschäftsführungen der verbundenen Unternehmen,
- 35 % auf die Arbeitnehmer der Gesellschaft und der verbundenen Unternehmen.

Die Aktienoptionen werden an die berechtigten Personen nur jeweils zwischen dem 10. und dem 20. Börsentag nach Veröffentlichung der Quartals- oder Jahresabschlüsse der Gesellschaft ausgegeben.

Der bei der Ausübung der jeweiligen Option für eine Stückaktie zu entrichtende Ausübungspreis richtet sich nach dem Durchschnittswert des Schlussauktionspreises der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 10 Börsentage vor dem Ausgabebetrag, mindestens jedoch dem geringsten Ausgabebetrag nach § 9 Abs. 1 AktG, mithin nicht unter dem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von € 1,00.

Aus den Aktienoptionen können Bezugsrechte nur ausgeübt werden, wenn der Durchschnittswert des Schlussauktionspreises der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 10 Börsentage vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus den Aktienoptionen den Ausübungspreis um mindestens 10 % seit dem Ausgabebetrag übersteigt.

Die gewährten Optionsrechte können frühestens zwei Jahre nach dem Ausgabebetrag ausgeübt werden.

2. Aktienoptionen 2008

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 29. September 2008 ist der Vorstand und – soweit Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft zu den berechtigten Personen gehören – der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, bis zum 28. September 2013 für diejenigen Personen, die einer der in nachstehender Ziffer 1 genannten Personengruppe angehören, Aktienoptionsprogramme aufzulegen und bis zu 1.200.000 Stück Aktienoptionen mit Bezugsrechten auf jeweils eine Stückaktie der Gesellschaft mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren ab dem Ausgabetag im Sinne der nachstehenden Ziffer 3 zu gewähren. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Aktienoptionen können auch von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen, gemäß nachstehender Ziffer 1 berechtigten Personen zu übertragen; auch in diesem Fall können die Optionen nur von der berechtigten Person selbst ausgeübt werden. Die Erfüllung der ausgeübten Optionsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des unter nachstehend lit. b) zur Beschlussfassung vorgeschlagenen bedingten Kapitals oder durch eigene Aktien der Gesellschaft erfolgen. Die Gewährung der Optionen zum Bezug von Aktien der Gesellschaft und die Ausgabe dieser Aktien erfolgt gemäß folgenden Bestimmungen:

(1) Berechtigte Personen

Berechtigt zum Erwerb der Aktienoptionen und berechtigt zum Bezug von Aktien der Gesellschaft sind

- (i) die Mitglieder des Vorstandes der Gesellschaft,
- (ii) die ausgewählten Führungskräfte der Gesellschaft sowie die Mitglieder der Geschäftsführung – diese nur, wenn sie am Ausgabetag nicht zugleich als Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft gemäß (i) berechtigt sind – und ausgewählte Führungskräfte der mit der Gesellschaft im Sinne des § 15 AktG verbundenen Unternehmen (im Folgenden „verbundene Unternehmen“),
- (iii) Arbeitnehmer der Gesellschaft und der verbundenen Unternehmen.

Das Gesamtvolumen der Optionsrechte verteilt sich wie folgt:

bis zu 800.000 Stück Aktienoptionen:	auf die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft,
bis zu 200.000 Stück Aktienoptionen:	auf die ausgewählten Führungskräfte der Gesellschaft sowie die Mitglieder der Geschäftsführung – diese nur, wenn sie am Ausgabetag nicht zugleich als Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft gemäß (i) berechtigt sind – und ausgewählte Führungskräfte der verbundenen Unternehmen,
bis zu 200.000 Stück Aktienoptionen:	auf die Arbeitnehmer der Gesellschaft und der verbundenen Unternehmen.

Über die Ausgabe von Aktienoptionen an Mitglieder des Vorstands ist jährlich im Anhang des Jahresabschlusses unter Angabe der Namen der begünstigten Vorstandsmitglieder und der jeweiligen Anzahl der an diese ausgegebenen Aktienoptionen zu berichten. Dasselbe gilt für die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr ausgeübten Bezugsrechte aus Aktienoptionen, die dabei gezahlten Ausübungspreise sowie die Zahl der von Vorstandsmitgliedern zum Jahresabschluss noch gehaltenen Aktienoptionen.

(2) Recht zum Bezug von Aktien

Jede Aktienoption gewährt dem Inhaber der Option das Recht, eine auf den Inhaber lautende Stückaktie der Gesellschaft gegen Zahlung des Ausübungspreises gemäß Ziffer 4 zu erwerben. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an am Gewinn teil, für das zum Zeitpunkt der Ausübung des Bezugsrechts noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist.

(3) Erwerbszeiträume

Die Ausgabe der Aktienoptionen soll in nicht weniger als drei Jahrestanchen erfolgen, mit der Maßgabe, dass keine Tranche mehr als 50 % des Gesamtvolumens umfasst. Die Aktienoptionen können an die berechtigten Personen nur jeweils zwischen dem 10. und dem 20. Börsentag nach Veröffentlichung der Quartals- oder Jahresabschlüsse der Gesellschaft ausgegeben werden (der Tag, an dem die von der Gesellschaft unterzeichnete Optionsvereinbarung an den Berechtigten ausgehändigt wird, wird als der "Ausgabetag" bezeichnet).

(4) Ausübungspreis

Der bei der Ausübung der jeweiligen Option für eine Stückaktie zu entrichtende Ausübungspreis entspricht dem Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 20 Börsentage vor dem Ausgabetag, mindestens jedoch dem geringsten Ausgabebetrag nach § 9 Abs. 1 AktG und liegt mithin nicht unter dem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00.

(5) Anpassung bei Kapitalmaßnahmen

Die Optionsbedingungen können für den Fall von Maßnahmen während der Laufzeit der Aktienoptionen, die den Wert der Optionen beeinflussen (Kapitalerhöhung unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechts für Aktionäre der Gesellschaft, Veräußerung von eigenen Aktien, Ausgabe von Schuldverschreibungen mit Wandlungs- und/oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft), Anpassungen des Ausübungspreises und/oder des Bezugsverhältnisses vorsehen. Eine Ermäßigung erfolgt nicht, wenn der berechtigten Person ein unmittelbares oder mittelbares Bezugsrecht auf die neuen Aktien oder eigenen Aktien oder neuen Schuldverschreibungen eingeräumt wird, das sie so stellt, als hätte sie die Option ausgeübt. Die Optionsbedingungen können darüber hinaus eine Anpassung der Optionsrechte für den Fall einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und Kapitalherabsetzung, im Falle einer Neustückelung der Aktien (Aktiensplit) oder einer Zusammenlegung von Aktien sowie bei Boni und außerordentlichen Bar- und/oder Sachausschüttungen entsprechend den Usancen an der deutschen und an internationalen Terminbörsen vorsehen. § 9 Abs. 1 AktG bleibt unberührt.

(6) Erfolgsziele

Aus den Aktienoptionen können Bezugsrechte nur ausgeübt werden, wenn der Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 20 Börsentage vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus

den Aktienoptionen mindestens 20 % über dem Ausübungspreis liegt (absolute Hürde).

(7) Wartezeiten

Die den einzelnen berechtigten Personen jeweils gewährten Optionsrechte können frühestens nach Ablauf einer Wartezeit von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabetag ausgeübt werden. Dabei können – jeweils frühestens – zwei Jahre nach dem Ausgabetag 25 %, drei Jahre nach dem Ausgabetag weitere 25 %, vier Jahre nach dem Ausgabetag weitere 25 % und fünf Jahre nach dem Ausgabetag die letzten 25 % ausgeübt werden.

(8) Ausübungszeiträume

Nach Ablauf der vorstehenden Wartezeiten können die Bezugsrechte aus den Aktienoptionen jederzeit ausgeübt werden, jedoch nicht innerhalb folgender Zeiträume:

- in der Zeit ab dem letzten Tag, an dem sich Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung der Gesellschaft anmelden können, bis zum dritten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main nach dieser Hauptversammlung;
- in der Zeit ab dem Tag der Veröffentlichung eines Bezugsangebotes auf neue Aktien oder auf Schuldverschreibungen mit Wandel- und/oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft in einem Pflichtblatt der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main bis zum Tage, an dem die Bezugsfrist endet;
- in der Zeit von vier Wochen vor der Veröffentlichung des jeweiligen Quartals- oder Jahresabschlusses.

(9) Persönliches Recht

Die Aktienoptionen können nur durch die berechtigte Person selbst ausgeübt werden. Dies gilt auch dann, wenn die Aktienoptionen von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen berechtigten Personen zu übertragen. Die Verfügung über die Aktienoptionen ist ausgeschlossen, insbesondere sind sie nicht übertragbar. Die Aktienoptionen sind jedoch vererblich. Die Optionsbedingungen können abweichend hiervon besondere Regelungen vorsehen für den Fall, dass die berechtigte Person verstirbt oder in den Ruhestand tritt oder ihr Anstellungs- bzw. Arbeitsverhältnis mit der Gesellschaft bzw. dem verbundenen Unternehmen in sonstiger nicht kündigungsbedingter Weise endet oder das verbundene Unternehmen aus der *aap*-Gruppe ausscheidet.

(10) Verfall

- (a) Die Aktienoptionen verfallen sechs Jahre nach dem Ausgabetag.
- (b) Nicht ausgeübte Aktienoptionen erlöschen des Weiteren beim Zugang der schriftlichen Kündigung der Optionsrechtsvereinbarung durch die Gesellschaft. Eine solche Kündigung, die mit einer Frist von einem Monat erfolgen kann, ist möglich, wenn entweder von einem Gläubiger des Bezugsberechtigten die Zwangsvollstreckung in seine Aktienoptionen betrieben wird, wenn über das Vermögen des Bezugsberechtigten das Insolvenzverfahren eröffnet wird,

die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder wenn der Bezugsberechtigte wesentliche Pflichten nach dem Gesetz, der Satzung der Gesellschaft oder seinem Anstellungsvertrag mit der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen oder der Optionsrechtsvereinbarung verletzt.

- (c) Nicht ausgeübte Aktienoptionen erlöschen außerdem, sobald das jeweilige Dienst- oder Arbeitsverhältnis mit dem Bezugsberechtigten – sei es als Mitglied des Vorstands, ausgewählte Führungskraft oder Arbeitnehmer der Gesellschaft oder als Geschäftsführer, ausgewählte Führungskraft oder Arbeitnehmer eines verbundenen Unternehmens – gekündigt oder aufgehoben wird oder aus sonstigen Gründen, insbesondere durch Zeitablauf endet; bei Kündigung oder Aufhebung ist der Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung oder der des wirksamen Abschlusses der Aufhebungsvereinbarung maßgebend, auch wenn die Beendigungswirkung erst in der Zukunft eintritt. Die einem Mitglied des Vorstands der Gesellschaft oder der Geschäftsführung eines verbundenen Unternehmens in dieser Eigenschaft gewährten Aktienoptionen erlöschen auch mit dessen Amtsniederlegung oder der Abberufung dieses Vorstandsmitglieds oder dieses Mitglieds der Geschäftsführung des verbundenen Unternehmens.
- (d) Sofern die Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses bei der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen mit der Aufnahme eines neuen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses bei der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen im Zusammenhang steht, verfallen die einem Bezugsberechtigten eingeräumten Aktienoptionen jedoch nicht. Entsprechendes gilt für die Beendigung der Organstellung, wenn im Zusammenhang damit eine Neubestellung in der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen erfolgt.
- (e) Die einem Bezugsberechtigten eingeräumten Aktienoptionen verfallen ferner nicht, wenn sein Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Erreichen der Altersgrenze oder durch Invalidität oder Tod endet. In diesen Fällen kann der Optionsberechtigte bzw. können die Erben des verstorbenen Optionsberechtigten die Optionsrechte nach Ablauf der Wartezeit nach Ziffer 7 Satz 1 und unter Beachtung der Staffelung gemäß Ziffer 7 Satz 2 innerhalb des jeweils nächsten Ausübungszeitraums ausüben. Werden sie nicht in diesem Ausübungszeitraum ausgeübt, erlöschen sie.

(11) Barausgleich

Anstelle des Bezugs neuer Aktien kann dem Berechtigten ein Barausgleich gewährt werden. Über die Ausübung des Wahlrechts entscheidet der Vorstand, soweit Vorstandsmitglieder betroffen sind, der Aufsichtsrat. Der Barausgleich entspricht der Differenz zwischen dem Ausübungspreis und dem Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 20 Börsenhandelstage vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus den Aktienoptionen.

(12) Regelung der Einzelheiten

Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten für die Ausgabe von Aktien aus dem bedingten Kapital und die weiteren Bedingungen des Aktienoptionsprogramms einschließlich der Optionsbedingungen für die berechtigten Personengruppen festzulegen; abweichend hiervon entscheidet für die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft auch insoweit der Aufsichtsrat der Gesellschaft. Zu diesen weiteren Einzelheiten gehören insbesondere Bestimmungen über die Aufteilung der Optionsrechte innerhalb der berechtigten Personengruppen, den Ausgabetag innerhalb des vorgegebenen Zeitraums, das Verfahren für die Zuteilung an die einzelnen berechtigten Personen und

die Ausübung der Optionsrechte sowie weitere Verfahrensregelungen.

3. Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 30.06.2006 ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 29.06.2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrates einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis € 6.000.000,00 mit einer Laufzeit von längstens 10 Jahren zu begeben und den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen Optionsrechte und den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf bis zu 6.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft nach näherer Maßgabe der Options- bzw. Wandelanleihebedingungen (Anleihebedingungen) zu gewähren.

Die Optionsschuldverschreibungen und/oder die mit Wandlungsrechten und/oder Wandlungspflichten ausgestatteten Wandelschuldverschreibungen sind den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben, von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, wie es erforderlich ist, um den Inhabern von bereits ausgegebenen oder noch auszugebenden Options- und Wandlungsrechten bzw. von mit Wandlungspflichten ausgestatteten Wandelschuldverschreibungen ein Bezugsrecht auf Aktien der *aap* Implantate AG in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte bzw. nach Erfüllung der Wandlungspflichten zustehen würde.

Der jeweils festzusetzende Wandelungs- bzw. Optionspreis für eine Stückaktie muss mindestens 80 % des Durchschnittswertes der Schlussauktionspreise der Aktien der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 10 Börsentage vor dem Tag der Beschlussfassung durch den Vorstand über die Begebung der Wandel- bzw. Optionsschuldverschreibung betragen. § 9 Abs. 1 AktG bleibt unberührt.

Eigene Aktien

Die Gesellschaft wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27.08.2007 ermächtigt, eigene Aktien bis zu einem rechnerischen Anteil von insgesamt € 1.000.000,00 am Grundkapital zu erwerben. Auf die erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach den §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % entfallen. Die Ermächtigung darf nicht zum Zwecke des Handels in eigene Aktien ausgenutzt werden.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft oder durch Dritte für Rechnung der Gesellschaft ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 26.02.2009.

Der Erwerb erfolgt nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels einer öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots.

Genehmigtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 10.06.2005 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 10.06.2010 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt € 7.300.000,00 gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2005/I) und dabei die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des

Aufsichtsrats ausgeschlossen werden

- a) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen,
- b) wenn eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet (§ 186 Abs. 3 Satz 4 AktG),
- c) zur Ausgabe von Aktien gegen Sacheinlagen im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen (auch im Rahmen von Umwandlungen gemäß dem Umwandlungsgesetz),
- d) zur Ausgabe an strategische Partner,
- e) zur Bedienung von Umtausch- oder Bezugsrechten von Inhabern von Optionsrechten, Wandelschuldverschreibungen und/oder Wandelgenussrechten,
- f) zur Ausgabe an Arbeitnehmer und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft sowie an Arbeitnehmer und Mitglieder der Geschäftsführung verbundener Unternehmen im Rahmen eines Aktienoptionsplans der Gesellschaft,
- g) zur Bezahlung von Beratungsdienstleistungen,
- h) zur Ausgabe an Kreditgeber anstatt von Zinszahlungen in bar oder zusätzlich zu solchen (sog. „equity kicker“), insbesondere im Rahmen von Mezzanine-Finanzierungen,
- i) zur Tilgung von Darlehens- oder sonstigen Verbindlichkeiten.

Das genehmigte Kapital beträgt nach teilweiser Ausnutzung nunmehr noch € 4.192.786,00.

Durch Beschluss der Hauptversammlung am 27.08.2007 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 26.08.2012 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt € 2.988.935,00 gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2007) und dabei, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrates ausgeschlossen werden:

- a) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen;
- b) wenn eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet (§ 186 Abs. 3 Satz 4 AktG);
- c) zur Ausgabe von Aktien gegen Sacheinlagen im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen (auch im Rahmen von Umwandlungen gemäß dem Umwandlungsgesetz);
- d) zur Ausgabe an strategische Partner;
- e) zur Bezahlung von Beratungsdienstleistungen;
- f) zur Ausgabe an Kreditgeber anstelle von Zinszahlungen in bar oder zusätzlich zu solchen (sog. „equity kicker“);
- g) zur Tilgung von Darlehens- oder sonstigen Verbindlichkeiten.

Das genehmigte Kapital 2007 beträgt € 2.988.935,00.

Die Kapitalrücklage enthält Aufgelder aus der Ausgabe von Aktien, freiwillige Zuzahlungen von Gesellschaftern sowie Einlagen der Gesellschafter aus der Ausgabe von Aktienoptionen.

Auf die Darstellung des Eigenkapitals wird verwiesen.

(7) Aktienkursbasierte Vergütungen

Im Geschäftsjahr 2006 wurde ein konzernweites aktienkursbasiertes Vergütungssystem mit Eigenkapitalausgleich für die Mitarbeiter der *aap* Implantate AG und der verbundenen Unternehmen aufgelegt. Im Berichtsjahr wurde ein weiteres Aktienoptionsprogramm aufgelegt.

Der Vorstand und die Mitarbeiter der *aap* haben Aktienoptionen erhalten, die sie bei Eintritt bestimmter Bedingungen zum Bezug von *aap* Aktien zu einem vorher bestimmten Preis berechtigen. *aap* wird die erforderlichen Aktien über Kapitalerhöhungen schaffen und verfügt zu diesem Zweck über verschiedene bedingte Kapitale.

Für die Aktienoptionsprogramme gelten die folgenden Bedingungen: Solange in den nachfolgenden Ausführungen keine explizite Nennung von besonderen Regelungen erfolgt, gelten die Bedingungen für das Aktienoptionsprogramm 2006 und das Aktienoptionsprogramm 2008 gleichermaßen.

Aktienoption

Jede Option gewährt dem Berechtigten das Recht zum Bezug von einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie der *aap* mit einem rechnerischen Nennbetrag von je 1,00 €.

Berechtigte

Mitglieder des Vorstands, sowie ausgewählte Führungskräfte der Gesellschaft und die Arbeitnehmer der Gesellschaft sowie die Mitglieder der Geschäftsführungen und Arbeitnehmer der mit der Gesellschaft im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen.

Wartefrist

Zwei Jahre ab Beschluss über die Zuteilung an den Berechtigten. Unter dem Aktienoptionsprogramm 2008 können dabei – jeweils frühestens – zwei Jahre nach dem Ausgabebetrag 25 %, drei Jahre nach dem Ausgabebetrag weitere 25 %, vier Jahre nach dem Ausgabebetrag weitere 25 % und fünf Jahre nach dem Ausgabebetrag die letzten 25 % ausgeübt werden.

Ausübungszeiträume

Die Ausübung ist jederzeit nach Ablauf der Wartefrist möglich, jedoch nicht innerhalb der folgenden Zeiträume:

- in der Zeit ab dem letzten Tag, an dem sich Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung der Gesellschaft anmelden können, bis zum 3. Bankarbeitstag in Frankfurt am Main nach dieser Hauptversammlung;
- in der Zeit ab dem Tag der Veröffentlichung eines Bezugsangebotes auf neue Aktien oder auf Schuldverschreibungen mit Wandel- und/oder Optionsrechten auf Aktien der *aap* in einem Pflichtblatt der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main bis zum Tage, an dem die Bezugsfrist endet;
- in der Zeit von vier Wochen vor der Veröffentlichung des jeweiligen Quartals- oder Jahresabschlusses

Ausübungspreis

Bestimmt sich nach dem Durchschnittswert des Schlussauktionspreises der Aktie der *aap* im Xetra-Handel (oder einem an die Stelle des Xetra-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 10 Börsentage (Aktienoptionsprogramm 2006) beziehungsweise 20 Börsentage (Aktienoptionsprogramm 2008) vor dem Ausgabebetrag, mindestens jedoch nach dem geringsten Ausgabebetrag nach § 9 Abs. 1 AktG, mithin nicht unter dem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1,00 EUR.

Erfolgsziel

Die Ausübung ist nur möglich, wenn der Durchschnittswert des Schlussauktionspreises der Aktie der *aap* im Xetra-Handel (oder einem an die Stelle des Xetra-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 10 Börsentage (Aktienoptionsprogramm 2006) beziehungsweise 20 Börsentage (Aktienoptionsprogramm 2008) vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus den Aktienoptionen den Ausübungspreis um mindestens 10 % (Aktienoptionsprogramm 2006) beziehungsweise um mindestens 20 % (Aktienoptionsprogramm 2008) seit dem Ausgabetag übersteigt.

<u>Zusagezeitpunkt</u>	<u>Anzahl der gewährten Optionen</u>	<u>Ausübungspreis</u>
22.11.2006	385.000	2,28 €
18.04.2007	152.500	2,37 €
30.11.2007	477.500	2,41 €
17.04.2008	131.500	2,27 €
10.09.2008	96.000	2,23 €
01.12.2008	200.000	1,61 €

Der durchschnittlich für die neu ausgegebenen Optionen ermittelte beizulegende Zeitwert belief sich auf:

17.04.2008	0,87 €
10.09.2008	0,74 €
01.12.2008	0,55 €

Die beizulegenden Zeitwerte wurden im Berichtsjahr mittels eines Binomialmodells ermittelt. Die Volatilität wurde auf Basis von Wochenrenditen ermittelt. Der im Berichtszeitraum erfasste Aufwand aus aktienbasierter Vergütung betrug insgesamt T€ 436.

<u>Aktienoptionsprogramm 2006</u>	<u>Tranche 2006</u>	<u>Tranche 2007</u>	<u>Tranche 2008</u>
Ausstehende zu Beginn des Geschäftsjahres	1.200.000	845.000	227.500
Ausgegebene im Geschäftsjahr	385.000	630.000	227.500
Verfallen	30.000	12.500	7.500
Ausgeübt	0	0	0
Ausstehend am Ende des Geschäftsjahres	845.000	227.500	7.500
Ausübbar am Ende des Geschäftsjahres	0	0	0

Im Rahmen der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes mit Hilfe des Binomialmodells wurden die folgenden Parameter berücksichtigt:

<u>Aktienoptionen</u>	<u>Tranche 11/2006</u>	<u>Tranche 4/2007</u>	<u>Tranche 11/2007</u>	<u>Tranche 4/2008</u>	<u>Tranche 9/2008</u>
Erfolgsziel	2,64 €	2,60 €	2,51 €	2,50 €	2,46 €
Risikofreier Zinssatz	3,65 %	4,11 %	3,80 %	3,77 %	3,89 %
Volatilität	50,50 %	48,58 %	41,14 %	44,14 %	42,15 %
Börsenkurs im Gewährungszeitpunkt	2,35 €	2,55 €	2,27 €	2,40 €	2,24 €

<u>Aktienoptionsprogramm 2008</u>	<u>Tranche 2008</u>
Ausstehende zu Beginn des Geschäftsjahres	1.200.000
Ausgegebene im Geschäftsjahr	200.000
Verfallen	0
Ausgeübt	0
Ausstehend am Ende des Geschäftsjahres	1.000.000
Ausübbar am Ende des Geschäftsjahres	0

<u>Aktienoptionen</u>	<u>Tranche 12/2008</u>
Erfolgsziel	1,94 €
Risikofreier Zinssatz	2,26 %
Volatilität	50,35 %
Börsenkurs im Gewährungszeitpunkt	1,49 €

Die am Ende des Geschäftsjahres ausgegebenen Aktienoptionen haben eine gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit von 2,92 Jahren (Vorjahr: 3,39).

(8) Rückstellungen

Die Entwicklung der sonstigen Rückstellungen im Geschäftsjahr stellt sich wie folgt dar:

	Stand 01.01.2008 T€	Verbrauch T€	Auflösung T€	Zuführung T€	Stand 31.12.2008 T€
Verpflichtungen					
Mitarbeiter	515	417	33	545	610
Boni und Provisionen	29	22	7	64	64
Ausstehende Rechnungen	121	113	4	426	430
Jahresabschluss und Prüfung	120	120	0	150	150
Lizenzen	55	55	0	58	58
Berufsgenossenschaft	25	25	0	30	30
	<u>865</u>	<u>752</u>	<u>44</u>	<u>1.273</u>	<u>1.342</u>

(9) Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten ergeben sich wie folgt:

	Gesamt T€	Unter 1 Jahr T€	1 – 5 Jahre T€	Über 5 Jahre T€	Vorjahr T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.464	2.456	3.008	0	5.768
Erhaltene Anzahlungen	144	144	0	0	144
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.133	1.133	0	0	662
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.866	2.519	347	0	295
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22	22	0	0	16
Sonstige Verbindlichkeiten	431	378	53	0	547
(davon aus Steuern)	(85)	(85)	(0)	(0)	(80)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(1)	(1)	(0)	(0)	(10)
	<u>10.060</u>	<u>6.652</u>	<u>3.408</u>	<u>0</u>	<u>7.432</u>

Sicherheiten für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

1. Gesamtschuldnerische Haftung mit der <i>aap</i> Biomaterials GmbH	1.000.000,00 € (Vorjahr: 1.000.000,00 €)
2. Schuldbeitritt	1.875.000,00 € (Vorjahr: 1.000.000,00 €)
3. Gesamtschuldnerische Haftung mit der <i>aap</i> bio implants markets GmbH und der <i>aap</i> Biomaterials GmbH Abtretung sämtlicher gegenwärtiger und künftiger Forderungen aus Warenlieferungen und -leistungen	810.576,70 € (Vorjahr: 0,00 €)

(10) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse entfallen auf folgende geographisch bestimmte Märkte:

	<u>2008</u> T€	<u>2007</u> T€
Inland	5.439	4.347
Europa	2.373	2.093
Übriges Ausland	4.817	2.012
Erlösschmälerungen	<u>./.</u> 510	<u>./.</u> 599
	<u>12.119</u>	<u>7.853</u>

(11) Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil in

Höhe von T€ 50 enthalten.

(12) Aufgliederung der Arbeitnehmerzahl nach Gruppen

	<u>2008</u>	<u>2007</u>
Durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer:	109	103
davon gewerbliche Arbeitnehmer	63	47
Angestellte	46	56
Vollzeitkräfte	103	97
Teilzeitkräfte	<u>6</u>	<u>6</u>
	<u>109</u>	<u>103</u>
Verwaltung	17	15
Vertrieb	16	22
Produktion	62	53
Entwicklung	9	8
Qualitätsmanagement	<u>5</u>	<u>5</u>
	<u>109</u>	<u>103</u>

(13) Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Im Geschäftsjahr sind periodenfremde Erträge in Höhe von T€ 50 angefallen, die im Wesentlichen aus der Rückerstattung von Betriebskosten und Beiträgen aus dem Vorjahr resultieren.

Die periodenfremden Aufwendungen des Geschäftsjahres betragen T€ 150 und betreffen vor allem Abschreibungen aus Forderungen sowie die Teilrückzahlung zur gewährten Investitionszulage aus dem Geschäftsjahr 2004 nebst Zinsen.

(14) Honorar des Abschlussprüfers

Die im Geschäftsjahr aufwandswirksam erfassten Honorare für den Abschlussprüfer betragen:

a) für die Abschlussprüfung	T€ 101
b) sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	T€ 31

III. Sonstige Angaben

(15) Beteiligungen

I. Verbundene Unternehmen (§ 271 Abs. 2 HGB)

Name	Sitz	Beteiligungs-	Eigenkapital	Ergebnis
		anteil	T€	T€
		%		
1. aap Biomaterials GmbH	Dieburg	100	2.045	0
2. OSARTIS Verwaltungs GmbH	Elsfeld	100	25	0
3. ADC Advanced Dental Care- Verwaltungs-GmbH	Elsfeld	51	88	69
4. aap bio implants Netherlands B.V.	Nijmegen	100	1.344	./ 166
5. aap bio implants markets GmbH	Düsseldorf	100	./ 110	0

Die aap Biomaterials GmbH & Co. KG wurde mit Vertrag vom 15.12.2008 durch Aufnahme auf die aap Biomaterials GmbH verschmolzen.

Die ADC Advanced Dental Care GmbH & Co. KG ist aufgrund der erweiterten Anwachsung durch Übertragung aller Anteile auf die ADC Advanced Dental Care GmbH übergegangen. Die Beteiligungsquote wird nach Eintragung der Kapitalerhöhung 54 % betragen.

Auf Punkt II (4) Finanzanlagen wird verwiesen.

II. Beteiligungen

Name	Sitz	Beteiligungs-	Eigenkapital	Ergebnis
		anteil	T€	T€
		%		
6. AEQUOS Endoprothetik	München	6,25	-	-
7. Cybernetic Vision AG Health Monitoring Technologies	Berlin	5,96	-	-

Die Jahresabschlüsse der AEQUOS Endoprothetik GmbH und der Cybernetic Vision AG Health Monitoring Technologies zum 31.12.2008 liegen noch nicht vor.

Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Cybernetic Vision AG Health Monitoring Technologies wurde am 01.12.2000 eröffnet und ist noch nicht abgeschlossen.

(16) Eventualverbindlichkeiten

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung der *aap* Implantate AG am 15.02.2007 wurde eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister hatte sich aufgrund von Klagen einzelner Aktionäre verzögert. *aap* beschritt daraufhin den Weg des 2006 neu geschaffenen „fast track proceedings“, welches Unternehmen, die von Hauptversammlungsklagen betroffen sind, eine größere Rechtssicherheit und Verfahrensgeschwindigkeit verschaffen soll. In erster Instanz hat die *aap* AG das Verfahren gewonnen. Nun ist die Berufung beim Kammergericht anhängig. Die mündliche Verhandlung vor dem Kammergericht wurde noch nicht terminiert. Der Vorstand geht jedoch davon aus, dass das Verfahren zugunsten der *aap* AG entschieden wird und daher keine Verluste entstehen werden.

Auch gegen Beschlüsse der Hauptversammlung 2008 ist Klage erhoben worden. Diese Klage ist aber zum Jahresende 2008 verglichen worden, so dass sich aus dieser Klage keine Risiken mehr ergeben. Es ist jedoch theoretisch möglich, dass gegen die Hauptversammlungsbeschlüsse weitere Klagen erhoben werden, sofern Nichtigkeitsgründe geltend gemacht werden. Der Vorstand geht aufgrund rechtlicher Beratung davon aus, dass keine Nichtigkeitsgründe vorliegen und somit keine weiteren Risiken bestehen.

Aus einem Dienstleistungsverhältnis zwischen einer Gesellschaft und einem externen Berater besteht eine Eventualverbindlichkeit von bis zu T€ 150. Bis zum Bilanzstichtag und während der Erstellungsphase des Jahresabschlusses konnte der behauptete Anspruch nicht substantiiert werden. Der Vorstand der Gesellschaft geht davon aus, eine außergerichtliche Einigung zugunsten des Unternehmens innerhalb des Geschäftsjahres 2009 erreichen zu können.

Eventualverbindlichkeiten in Höhe von T€ 115 bestehen aus Zuwendungen der öffentlichen Hand für den Fall, dass die Fördervoraussetzungen nicht bestanden und weiter eingehalten wurden, die erhaltenen Mittel nicht ordnungsgemäß verwandt wurden und daher die Anforderungen der Förderrichtlinie nicht erfüllt werden.

Eventualverbindlichkeiten bestehen in Höhe von T€ 136 aufgrund erhaltener Investitionszuschüsse. Danach müssen die finanzierten Vermögenswerte mindestens 5 Jahre nach Abschluss des Investitionsvorhabens in der Berliner Betriebsstätte verbleiben. Die hergestellten Güter dürfen nicht überwiegend überregional abgesetzt werden.

Ein ehemaliger Gesellschafter der *aap* Biomaterials GmbH & Co. KG hat im Geschäftsjahr 2006 auf Darlehensforderungen gegenüber der vorgenannten Gesellschaft und gegenüber der *aap* Implantate AG verzichtet. Diese Darlehensforderungen sind refinanziert. Zur Absicherung des Refinanzierungsdarlehens hat der ehemalige Gesellschafter 194.209 Aktien an der *aap* Implantate AG verpfändet. Sollten aus einer Verwertung dieser Aktien Steuerzahlungsverpflichtungen für den ehemaligen Gesellschafter resultieren, so leben die Darlehensforderungen gegenüber der *aap* Biomaterials GmbH & Co. KG und der *aap* Implantate AG insoweit anteilig im Verhältnis der ursprünglichen Darlehensforderungen zueinander wieder auf. Für den Konzern ergibt sich hieraus jedoch erst eine Eventualverbindlichkeit bei einem Börsenkurs von mehr als € 5,40.

(17) Sonstige Haftungsverhältnisse

Für ein Mietverhältnis eines Tochterunternehmens hat die Gesellschaft eine Mietbürgschaft in Höhe von T€ 30 übernommen.

Für Verbindlichkeiten der *aap bio implants Netherlands*-Gruppe gegenüber Kreditinstituten hat die Gesellschaft Bürgschaften in Höhe von insgesamt T€ 950 gewährt.

Die *aap Implantate AG* hat am 15.08.2008 als alleinige Gesellschafterin Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit der *aap Biomaterials GmbH* und der *aap bio implants markets GmbH* abgeschlossen, die für das Geschäftsjahr 2008 wirksam wurden. Danach ist jeweils der gesamte Gewinn an die *aap Implantate AG* (Organträgerin) abzuführen. Die Organträgerin ist verpflichtet, während der Vertragsdauer bei den Gesellschaften entstehende Jahresfehlbeträge auszugleichen. Die Ergebnisabführungsverträge wurden am 13.10.2008 bzw. am 10.10.2008 in das Handelsregister eingetragen.

(18) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB ergeben sich aus Mietverträgen von insgesamt T€ 1.062, wovon T€ 382 innerhalb von einem Jahr fällig sind, während die restlichen T€ 680 innerhalb von zwei bis fünf Jahren fällig sind.

Aus Leasingverträgen ergeben sich sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von T€ 334, von denen in 2009 T€ 188 und in 2010 bis 2011 T€ 146 zahlbar sind.

(19) Finanzinstrumente

Die *aap Implantate AG* verfügt nur über originäre Finanzinstrumente.

(20) Geschäftsführungsorgan, Aufsichtsrat

Vorstandsmitglieder der Gesellschaft waren im Berichtsjahr

Herr Bruke Seyoum Alemu, Dipl.-Ing., Berlin
 Herr Oliver Bielenstein, Lic. oec.HSG, Berlin (bis 31.12.2008)
 Herr Biense Visser, Kaufmann, Utrecht, Niederlande (ab 01.01.2009)

Mit Beschluss vom 28.11.2008 wurde Herr Oliver Bielenstein zum 31.12.2008 als Vorstand abberufen. Als neues Vorstandsmitglied wurde mit Wirkung zum 01.01.2009 Herr Biense Visser bestellt.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen T€ 655.

	Vergütungskomponenten in T€			Gesamt
	erfolgsun- abhängig	erfolgsbezogen	mit langfristiger Anreizwirkung	
Bruke Seyoum Alemu	163	90	77	330
Oliver Bielenstein	193	5	127	<u>325</u>
				<u>655</u>

Die Gesellschaft hat für die Geschäftsführung eine D & O-Versicherung abgeschlossen. Die Beiträge des Jahres 2008 betragen T€ 27.

Von den Mitgliedern des Vorstandes hat nur Herr Visser Aufsichtsratsmandate inne. Er nimmt folgende Mandate wahr:

Biense Visser	Mediq N.V. (ehemals OPG)
	HZPC Holland B.V.
	Keygene N.V. (bis 14.5.2008)
	Kreatech Biotechnology B.V. (seit 10.2.2009)

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören im Berichtsjahr an:

Herr Rubino Di Girolamo, Betriebswirt, Oberägeri bei Zug, Schweiz	(Vorsitzender)
Herr Jürgen W. Krebs, Betriebswirt, Kilchberg bei Zürich, Schweiz	(stellv. Vorsitzender)
Herr Prof. Dr. Dr. med. Reinhard Schnettler, Universitätsprofessor, Gießen	
Herr Uwe Ahrens, Diplom-Ingenieur, Berlin	
Herr Marcel Boekhoorn, Kaufmann, Arnhem, Niederlande	
Herr Biense Visser, Kaufmann, Utrecht, Niederlande	(bis 30.11.2008)
Herr Ronald Meersschaert, Kaufmann, Arnhem, Niederlande	(seit 01.12.2008)

Die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erfolgte für die volle satzungsmäßige Amtszeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2008 beschließt.

Das Aufsichtsratsmitglied Herr Biense Visser hat sein Mandat mit Wirkung zum 01.12.2008 niedergelegt. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 29.09.2008 wurde Herr Ronald Meersschaert, Arnhem/Niederlande, als Ersatzmitglied in den Aufsichtsrat gewählt. Dieser übernimmt zum 01.12.2008 die Nachfolge von Herrn Biense Visser.

Die Vergütung des Aufsichtsrats betrug im Geschäftsjahr insgesamt T€ 36. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Rubino Di Girolamo	T€	13
Herr Jürgen W.Krebs	T€	9
Herr Prof. Dr. Dr. med. Reinhard Schnettler	T€	6
Herr Uwe Ahrens	T€	4
Herr Biense Visser	T€	3
Herr Ronald Meersschaert	T€	1
Herr Marcel Boekhoorn	T€	0
	<u>T€</u>	<u>36</u>

Im Berichtsjahr erfolgten keine Auszahlungen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen neben ihrer Tätigkeit für die *aap* Implantate AG folgende weitere Tätigkeiten wahr:

Herr Rubino Di Girolamo	Deepblue Holding AG Bastei Privatfinanz AG Metalor Dental Holding AG	– Verwaltungsratspräsident –
Herr Jürgen W. Krebs	Merval Holding AG Basisinvest AG MainFirst Holding AG MainFirst Financial Service AG Reviderm AG	– Verwaltungsratspräsident – – Verwaltungsratspräsident –
Prof. Dr. Dr. med. Reinhard Schnettler	Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH	
Uwe Ahrens	keine	
Biense Visser	Mediq N.V. (ehemals OPG) HZPC Holland B.V. Keygene N.V. (bis 14.05.2008) Kreatech Biotechnology B.V. (seit 10.02.2009)	
Marcel Boekhoorn	Openlot Systems B.V. Motip Dubli Group	
Ronald Meersschaert	Toeca International Company B.V. (seit 24.10.2008) Toeca International Company B.V.	

Der Anteilsbesitz der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands stellt sich wie folgt dar:

	Aktien		Optionen	
	2008	2007	2008	2007
<u>Aufsichtsrat</u>				
Jürgen W. Krebs	3.287.200	3.076.200	0	0
Rubino Di Girolamo	1.530.000	1.470.000	0	0
Prof. Dr. Dr. med. Reinhard Schnettler	182.094	166.094	0	0
Uwe Ahrens	1.053.723	1.122.723	0	0
Marcel Boekhoorn	2.720.500	2.346.145	0	0
Biense Visser	95.000	0	0	0
Ronald Meersschaert	0	0	0	0
<u>Vorstand</u>				
Bruke Seyoum Alemu	45.000	40.000	400.000	200.000
Oliver Bielenstein	503.128	503.128	365.000	365.000

Die beizulegenden Zeitwerte der Optionen im Zeitpunkt der Gewährung liegen zwischen € 1,14 und € 0,55.

(21) Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Der *aap* AG gingen bis zum Tag der Freigabe des Jahresabschlusses durch den Vorstand (22.4.2009) folgende Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 1a des WpHG ein:

Name/Firma	Sitz (nur bei Unternehmen)	Erreichter, über- oder unterschrittener Schwellenwert	Tag des Erreichens, Über- oder Unterschreitens	Höhe des gehaltenen eigenen Stimmrechtsanteils
Jan Albert de Vries		20,00 %	26.03.2009	19,48 %
Noes Beheer B.V.	Nijmegen	20,00 %	26.03.2009	19,48 %
Jürgen W. Krebs		15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	12,35 %
Merval AG	Zug	3, 5, 10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	1,30 %
Rubino Di Girolamo		10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	5,75 %
Deepblue Holding AG	Zug	10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	5,75 %
Oliver Bielenstein		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	1,89 %
Bruke Alemu		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	0,17 %
Bernhard Gottwald		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	0,77 %
Uwe Ahrens		5, 10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	3,96 %
Oliver Benz		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	0,15 %
Carpe Diem Holding AG	Uerikon	3, 5, 10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	0,15 %
KST Beteiligungs AG	Stuttgart	3, 5, 10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	2,36 %
Hanspeter Schwager		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30 %	13.01.2009	2,49 %
DZ Bank AG		5 %	05.09.2008	4,80 %
Ramphastos Investments N.V.	Arnhem	10 %	07.05.2008	10,04 %
Elocin B.V.	Arnhem	10 %	07.05.2008	10,04 %
Martinus Jacobus Johannes Boekhoorn		10 %	07.05.2008	10,04 %
Union Investment Luxembourg S.A.	Luxemburg	3 %	27.09.2007	2,57 %
Highclere International Investors Limited	London	3 %	26.09.2007	2,1 %
Highclere International Investors Smaller Companies Fund	Westport	3 %	26.09.2007	2,1 %
Asuncion Barrueto		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 50 %	20.09.2007	0 %
Oliver Borrmann		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 50 %	20.09.2007	0,01 %
Fermann AG	Zürich	3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 50 %	20.09.2007	0 %
Martin Lechner		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 50 %	20.09.2007	0 %
Dr. Frank Husemann		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 50 %	20.09.2007	0 %
Berlex AG	Berlin	3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 50 %	20.09.2007	0 %
Robert Schrödel		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 50 %	20.09.2007	0 %
Christian Walliker		3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 50 %	20.09.2007	0 %

(22) Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

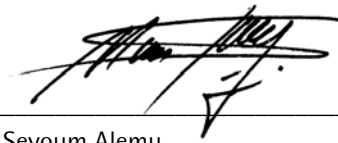
Die Gesellschaft hat die gemäß § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zur Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Berlin, April 2009

Der Vorstand

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping loops and a long horizontal stroke extending to the left.

Biense Visser

A handwritten signature in black ink, featuring a series of horizontal and diagonal strokes that form a complex, somewhat abstract shape.

Bruke Seyoum Alemu

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der *aap* Implantate Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1.1.2008 bis 31.12.2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht der *aap* Implantate Aktiengesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht der *aap* Implantate Aktiengesellschaft vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der *aap* Implantate Aktiengesellschaft. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht der *aap* Implantate Aktiengesellschaft steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, 23. April 2009

RöverBrönner KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Gertrud R. Bergmann
Wirtschaftsprüfer

Bettina Grothe
Wirtschaftsprüferin